

WIRTSCHAFTSDIENST

DEUTSCHER VOLKSWIRT

HERAUSGEGEBEN VOM HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV

JAHRESPREIS BEI DER POST UND IM BUCHHANDEL 100 MARK :: IN KOMMISSION BEI OTTO MEISSNERS VERLAG/HAMBURG :: SCHRIFTFÜHRUNG: HAMBURG 36/ROTHENBAUMCHAUSSÉE 5

FERNSPRECHER HANSA 2447-51 UND ELBE 5052

VII. JAHRGANG

NR. 4

Staats- und Wirtschaftskalender

15. Januar

Auf dem Reichsparteitag des Zentrums tritt Reichsarbeitsminister Dr. Brauns im Namen der Partei u. a. für eine bedingte Erfassung der „Sachwerte“ und für die Beibehaltung des Achtstundentages ein, solange der Gedanke der Arbeitspflicht bei den Nutznießern dieses Rechtes lebendig sei. Die Parteileitung und Reichstagsfraktion erhält ein einstimmiges Vertrauensvotum.

16. Januar

Als Beauftragte des Obersten Rates ladet die italienische Regierung Deutschland zur Wirtschaftskonferenz in Genua auf den 8. 3. ein.

In Washington erklärt der Senatsausschuß für die Finanzen seine Zustimmung zu dem Vorschlag, die Schulden der Alliierten zu konsolidieren. Der Senat nimmt eine Resolution Mac Cormicks an, in der vom Minister des Auswärtigen genaue Darlegungen über die Finanzlage der europäischen Staaten, insbesondere über deren Rüstungsausgaben, verlangt werden.

Die aktive Teilnahme Frankreichs an der Konferenz von Genua erscheint gesichert.

Die Verhandlungen über das französisch-englische Bündnis werden fortgeführt, wobei England sich der Aufnahme Polens in den Garantievertrag widersetzt.

Mit Wirkung vom 1. 7. 22 an wird das australische Einfuhrverbot für deutsche Waren aufgehoben. Gleichzeitig tritt ein Antidumpinggesetz in Kraft. — Dollar: 184,25 M.

17. Januar

Nach Informationen des sozialdemokratischen Parliamentsdienstes ist, zur Deckung der Reparationsverpflichtungen, eine Anleihe in Aussicht genommen, zu deren Aufbringung wie auch Verzinsung und Tilgung der „Besitz“ zwangsweise herangezogen werden müßte.

Eine Versammlung der Berliner Ortsgruppe des Deutschen Eisenbahnerverbandes protestiert mit großer Mehrheit gegen das letzte Lohn- und Gehaltsabkommen und nennt als Mittel, um eine befriedigende Regelung durchzusetzen, den baldigen Generalstreik. Ähnliche Beschlüsse werden in Dresden für Sachsen gefaßt. Dort ist der 21. 1. als Streikbeginn genannt worden.

Am letzten Tag des Zentrumsparteitages stellte Dr. Wirth den Rücktritt der Regierung in Aussicht, wenn ein befriedigendes Kompromiß in der Steuerfrage nicht zustande kommt.

Gegen die erneut über den Verkehr Westdeutschland-Hamburg verhängte Gütersperre protestiert der Hamburgische Senat

in einem Telegramm an den Reichsverkehrsminister. — Dollar: 186,25 M.

18. Januar

Dr. Rathenau referiert vor dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstags in Anwesenheit des Reichskanzlers.

Die erste Rate des Reparationsprovisoriums — 31 Mill. „Goldmark“ — ist heute in Devisen zur Ablieferung gekommen.

In Berlin beginnt die Tagung der deutschen Handelskammern (Deutscher Industrie- und Handelstag). Insbesondere werden hier die Tarifpolitik der Reichspost und Reichseisenbahn sowie deren Verwaltungsmaßnahmen bemängelt.

„Daily Mail“ glaubt von einem Plan zu wissen, wonach die künftigen deutschen Reparationsleistungen nur noch in Natura erstattet werden sollen, ferner, daß England Frankreich ein Drittel seiner Schuld im Betrage von 570 Mill. £ erlassen werde, sofern Frankreich auf denselben Betrag aus deutschen Zahlungen verzichtet. —

Die Reparationskommission gewährt Deutschland volle Ausfuhrfreiheit für Kohlen in den Monaten Februar bis April, wenn die Reparationsleistungen an Kohle vollständig durchgeführt werden.

Nach halbamtlicher Mitteilung aus Washington hat eine europäische Nation ihre Unfähigkeit zur Zahlung der Aprilzinsen aus den Kriegsschulden gemeldet. — Dollar: 189,25 M.

19. Januar

In seiner Programmrede erklärt Poincaré, daß Deutschland, das sich seinen Verpflichtungen durch die Organisation eines scheinbaren Elends entziehen wolle, zur strikten Einhaltung der Verträge gezwungen werden müsse. Um die Zahlung der Reparationsleistungen sicherzustellen, wären nach Anhörung der Reparationskommission Maßnahmen zu treffen, welche sich auf Pfänder und Garantien sowie die Kontrollierung von Reichshaushalt, Notenausgabe und Ausfuhr Deutschlands beziehen. — Nach Angriffen der Linken spricht die Kammer dem Ministerium ihr Vertrauen mit 472 gegen 107 Stimmen aus.

Der Reichstag beginnt seine Tagung mit einer Beratung über die Finanznot der Gemeinden.

Zentrum und Mehrheitssozialdemokraten nehmen weitere gemeinsame Besprechungen über das Steuerkompromiß vor. — Dollar: 190,50 M.

20. Januar

Asquith betont in einer vor Londoner Kaufleuten und Industriellen gehaltenen Rede die Solidarität der Interessen in der Weltwirtschaft und fordert die endgültige Regelung der

Reparations- und Schuldenfragen, und die Abänderung der wirtschaftlich unmöglichen Bestimmungen des Versailler Vertrages. — Dollar: 197.25 *M.*

21. Januar

In Dresden ist ein Teil der Eisenbahnarbeiter in den Ausstand getreten. Die Gewerkschaften stehen dem Streik fern.

Hoover erklärt in einem Schreiben an die New Yorker Kaufmannsvereinigung, daß die Regierung zu Washington den Plan, einen Handelsvertrag mit Deutschland zu schließen, als nicht dringend zurückgestellt hat, da die Bestimmungen des Friedensvertrages einen genügenden Schutz der amerikanischen Interessen darstellten.

Auf der Konferenz der Koalitionsliberalen in Westminster spricht Lloyd George über die Notwendigkeit, den Welthandel wiederherzustellen. Vorbedingung hierfür sei die Schaffung einer Atmosphäre des Friedens und des Vertrauens zwischen den Nationen. Deutschland sei nicht zahlungsunfähig, es müsse und könne zahlen, wenn man nur die Lasten recht verteile.

Das vom Obersten Rat festgesetzte Programm für die Konferenz in Genua hat nach dem „Eclair“ folgenden Wortlaut:

1. Prüfung der praktischen Durchführung der in der Resolution von Cannes vom 6. 1. niedergelegten Prinzipien; 2. Festigung des europäischen Friedens auf solider Grundlage; 3. Die unerläßlichen Vorbedingungen für die Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens im internationalen Verkehr ohne Verletzung der bestehenden Verträge; 4. Finanzielle Fragen: a) Währung und Papiergeldumlauf, b) Zentral- und Emissionsbanken, c) die öffentlichen Finanzen in ihrem Zusammenhang mit dem Werk der Rekonstruktion, d) die Wechsel-

kurse, e) Reorganisation des öffentlichen und privaten Kredits; 5. Wirtschaftliche Fragen: a) Erleichterungen und Garantien zur Hebung der Ein- und Ausfuhr, b) gesetzliche und rechtliche Garantien zur Sicherung kommerzieller Operationen, c) Schutz des industriellen, literarischen und künstlerischen Eigentums, d) Frage der Konsulate, e) Zulassung und Niederlassungserlaubnis für Ausländer, f) die technischen Vorbedingungen für den Wiederaufbau; 6. Transportfragen.

Neben diesem im Protokoll der Konferenz von Cannes niedergelegten Programm soll ein zweites Schriftstück mit der Unterschrift von Lloyd George existieren, das ausdrücklich feststellt, daß die Reparationsfrage nur von den Alliierten unter sich diskutiert werden dürfe. — Dollar: 200.— *M.*

22. Januar

Der Papst Benedikt XV. stirbt nach kurzer Krankheit.

Der Eisenbahnverkehr im Direktionsbezirk Dresden wird im allgemeinen aufrechterhalten. Den streikenden Arbeitern ist zur Arbeitsaufnahme eine Frist bis zum 23. gestellt worden, bei weiterem Fernbleiben erfolgt sofortige Entlassung.

Landtagswahlen in Braunschweig bringen einen Zuwachs der bürgerlichen Stimmen bis etwa auf die Hälfte.

23. Januar

Reichskanzler Dr. Wirth berichtet im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags über die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland und erklärt die Bereitwilligkeit Deutschlands, am Wiederaufbau dort mitzuarbeiten, ohne dabei in irgendwelcher Weise Monopolstellungen zu gewinnen. — Dollar: 204.25 *M.*

E. T.

Die deutsche Eisenindustrie in der Weltwirtschaft

Die Kohlennot und besonders der Mangel an Koks haben die deutsche Eisenindustrie in steigendem Maße in Mitleidenchaft gezogen, was z. B. in der Herabsetzung des Selbstverbrauches der Hütten unmittelbar in Erscheinung trat.

In einer Sitzung des Roheisenausschusses des Eisenwirtschaftsbundes in Essen kam jüngst die ungenügende Versorgung der weiterverarbeitenden Industrie mit Roheisen zur Sprache. Von den Vertretern des Vereins „Deutscher Eisengießereien“ wurde folgende die Lage treffend kennzeichnende Erklärung abgegeben: „Die erhöhte Beschäftigung der weiterverarbeitenden Eisenindustrie hat in letzter Zeit eine ganz gewaltige Steigerung des Roheisenverbrauchs herbeigeführt. Während es dem Roheisenverband mit Hilfe der bei den Hochöfenwerken befindlichen Vorratsmengen bisher möglich war, den wirklichen Bedarf seiner Abnehmer, der Eisengießereien, Maschinenfabriken usw., im wesentlichen zu decken, haben sich die an den Verband gestellten Anforderungen nunmehr derartig gesteigert, daß angesichts der inzwischen verbrauchten Lagermengen zurzeit keine Möglichkeit besteht, den Bedarf der Verbraucher aus der laufenden Roheisenproduktion auch nur annähernd zu befriedigen. Der Roheisenverband hat daher Veranlassung genommen, sich mit der Frage einer Roheisenproduktionssteigerung eingehend zu befassen und festgestellt, daß 15—20 kaltstehende Hochöfen sofort in Betrieb gesetzt werden könnten, falls den Hochöfenwerken die dazu erforderlichen Koksmengen zur Verfügung gestellt werden. Alle in dieser Richtung unternommenen Schritte haben sich bisher als erfolglos herausgestellt, da nach Angabe der maßgebenden Stellen bei der augenblicklichen Kohlenproduktionslage eine Mehrzuteilung von Koks an die Hochöfenindustrie ganz ausgeschlossen ist.“

Es ist mithin die äußerst betrübliche Tatsache zu verzeichnen, daß etwa 2000 als Roheisenverbraucher in Betracht kommende deutsche Eisengießereibetriebe, Maschinenfabriken und Stahlwerke die Hereinnahme von Aufträgen und besonders von äußerst lohnenden Auslandsaufträgen nur deshalb abzulehnen gezwungen sind, weil ihnen das dringend dazu benötigte Roheisen nicht zugeführt werden kann. Keiner Frage bedarf es, daß eine derartige ungünstige Wechselwirkung die deutsche Volkswirtschaft auch der letzten Stütze berauben wird und deshalb nicht zuletzt auch gerade im Interesse des deutschen Arbeiters unbedingt vermieden werden muß.

Der Roheisenausschuß des Eisenwirtschaftsbundes vertritt in der überwiegenden Mehrheit seiner Mitglieder, die sowohl den Kreisen der Erzeuger, des Handels, der Verbraucher als auch in gleicher Anzahl den Kreisen der Arbeitnehmer angehören, die Auffassung, daß die einzige Möglichkeit zu einer ausreichenden Belieferung der Roheisen verbrauchenden Industrie mit Roheisen unter den heutigen Verhältnissen nur in einer Erhöhung der Kohlen- und Koksförderung zu erblicken ist. Der Ausschuß richtet deshalb an alle Stellen, denen eine Besserung der Wirtschaftslage naheliegen muß, die dringende Aufforderung, Mittel und Wege zu finden, durch welche eine Erhöhung der Kohlenförderung gewährleistet wird.

Die oben erwähnte überwiegende Mehrheit setzte sich zusammen aus den Unternehmern, aus den christlichen und den Hirsch-Dunckerschen Arbeitervertretern. Die Vertreter der freien Gewerkschaften erblickten in der Erklärung einen Angriff gegen die Bergarbeiter, ein Standpunkt, für den sie in den vorausgegangenen Verhandlungen eine Begründung zu finden glaubten.

Auch Hugo Stinnes hat jüngst im Reichskohlenrat zum Ausdruck gebracht, daß er in der Kohlennot das Übel erblickt, auf das die meisten Schwierigkeiten vor allem im Wettbewerb mit dem Ausland zurückzuführen sind. Nach Stinnes werden sich die Anforderungen der Hüttenindustrie an Koks in den kommenden Jahren noch verstärken im Zusammenhang mit gewissen technischen Änderungen in der Eisenproduktion, die im Zuge sind und an Stelle von Schrott mehr und mehr auf das Erz als Rohstoff zurückgreifen.

Stinnes führte u. a. aus: „Sowohl England als auch Amerika, Frankreich und wir (wir sind am weitesten vorgeschritten) haben die großen Schrottvorräte in der Eisenindustrie aufgearbeitet oder sind im Aufarbeiten begriffen. Wenn Sie die Statistik der Stahlproduktion verfolgt haben, werden Sie gesehen haben, daß das Siemens-Martin-Verfahren in Deutschland außerordentliche Fortschritte in den letzten Jahren gemacht hat und daß wir heute weit mehr Siemens-Martin-Stahl herstellen, während früher bei uns die Thomasstahlproduktion sehr groß war. Das wird nicht so bleiben. Bei der nächsten Konjunktur werden wir, nachdem die Schrottvorräte aufgearbeitet sind, die noch aus dem Kriege herrühren, zweifellos wie die anderen Länder viel stärker dazu übergehen müssen, aus Erz Roheisen und aus Roheisen Stahl zu machen. Wenn das der Fall ist, werden ganz andere Quantitäten Koks gebraucht werden. Es wird also ein Zurückgreifen auf Koks stattfinden müssen, das uns vor ganz andere Fragen stellt, als die, vor denen wir heute stehen. Sie werden sehen, wenn wir nicht an der Ruhr für eine Konjunktur, die zweifellos im Laufe der nächsten Jahre kommen wird, Vorbereitungen treffen, wird es dahin kommen, daß uns der Koks, den wir herstellen können, von der Entente auf Grund des Versailler Vertrags oder jedenfalls eines Vertrags, der an Stelle des Versailler Vertrags tritt, weggenommen wird, daß wir unsere Hochöfen nicht betreiben können, infolgedessen keinen Stahl zu erzeugen vermögen und in der Konjunktur als mitbestimmendes Exportland der Eisen- und Stahlindustrie auscheiden müssen. Das wäre das schlimmste, was uns passieren kann; denn wenn wir die Konjunktur nicht ausnutzen, gibt es für uns überhaupt keine Möglichkeit mehr, uns allmählich in die Höhe zu bringen.“

Mit Nachdruck betonte Stinnes, daß der deutsche Koks benutzt werde, um die französische, luxemburgische und belgische Eisenindustrie immer stärker in Betrieb zu setzen. Den Werken dort werden 65 fr für den Koks berechnet und aus der Differenz zwischen dem Preis der deutschen Reparationslieferungen an Kohle und Koks und dem berechneten Preis erhebliche Summen gezahlt, um die Industrie im Wettkampf mit dem Ausland zu unterstützen.

So stößt Deutschland auf dem Weltmarkt allenthalben auf die Konkurrenz von Belgien und Frankreich. Wie Stinnes mitteilte, sind zum Beispiel jüngst in Argentinien und Brasilien große Schienenlieferungen für Deutschland ausgefallen, da Deutschland um 16 % unterboten worden sei. Die Engländer hätten ihre Eisenindustrie praktisch stillgelegt, weil sie diesen Zuständen gegenüber ebenfalls nicht mehr wettbewerbsfähig seien. Stinnes empfiehlt als Mittel gegen diese Konkurrenz Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs die Angleichung der deutschen Kohle an den Weltmarktpreis, ein Vorschlag, der nicht neu ist und bisher an der Schwierigkeit seiner Überführung in die Praxis trotz aller in dieser Richtung unternommenen Anläufe scheiterte.

Für Deutschland ist die Situation besonders gefährlich, weil sie sich von Jahr zu Jahr verschärfen muß. Nach Stinnes ist „eine reine Zeche heute überhaupt nicht

mehr in der Lage, eine moderne Kokerei zu bauen. Wenn Sie eine moderne Kokerei mit 150 000 Tonnen Koksleistung im Jahre bauen wollen, dann können Sie ruhig bei der jetzigen Valuta 150 Mill. M anlegen. Die hat eine Zeche nicht. Dazu mag ein Eisenwerk noch in der Lage sein, das in der feinsten Verfeinerung tatsächlich den Koks absetzt; eine reine Zeche kann das einfach nicht riskieren, das ist vollständig ausgeschlossen. Dabei sind in Rheinland und Westfalen die Koks-ofenanlagen heute schon so in Verfall gekommen, daß damit nach meiner Meinung im günstigsten Fall nur noch 70 % der Koksproduktion des Jahres 1913/14 erzeugt werden können. In Rheinland und Westfalen gibt es heute schon mindestens 1000—2000 Koksöfen, die wohl noch auf dem Papier stehen, in Wirklichkeit aber nicht mehr betriebsfähig sind. Das ist eine Gefahr, die geradezu unerträglich wird.“

Wenn Deutschland in den letzten Monaten trotz der Konkurrenz seiner westlichen Nachbarn imstande war, sich auf den ausländischen Märkten im großen und ganzen zu behaupten, so ist das vor allem auf den niedrigen Stand der Reichsmark zurückzuführen. Sofort als die Reichsmark sich zu erholen begann, wurde das Auslandsgeschäft schwieriger. Die Spanne zwischen Inlandspreis und Auslandserlös bot kaum noch einen Anreiz zu stärkerer Betätigung am Auslandsmarkt. Hinzu kommt, daß die Auslandspreise für gleichartige Erzeugnisse von den Konkurrenzländern mit allen Mitteln herabgedrückt werden. Als der Reichswirtschaftsminister mit einem Antrag auf Wiedereinführung von Höchstpreisen für Eisen hervortrat, legte er eine Kalkulation vor, in die er einen Preis von 90 fl für die Tonne Stabeisen in Holland eingestellt hatte. Inzwischen war der holländische Preis aber schon auf 80 fl herabgeglitten, so wenig stabil sind diese Verhältnisse. Auch für Draht haben die Exportpreise in letzter Zeit nachgegeben und entsprachen Ende Dezember 1921 mit 12—14 £ ungefähr den Inlandspreisen. Dabei ist zu beachten, daß die Drahterzeugung weit mehr als andere Eisensorten auf die Ausfuhr angewiesen ist. In Walzdraht und gezogenen Drähten sind die Werke noch für etwa das erste Vierteljahr 1922 besetzt, wobei 40 % auf den Export entfallen.

Die Eisenausfuhr nahm im Jahre 1921 nach Mitteilungen des Eisen- und Stahlwaren-Industriebundes in Elberfeld folgenden wechselvollen Verlauf: Anfang des Jahres 1921 herrschte sowohl auf dem Inlands- wie auf dem Auslandsmarkte für Eisen- und Stahlwaren Auftragslosigkeit, die gegen Ende Februar immer mehr zunahm. Bis dahin nämlich hatten die vom Eisenwirtschaftsbunde festgesetzten Höchstpreise ihre Geltung. Es hatte sich mehr und mehr die Gewohnheit eingebürgert, daß schon Wochen vor dem Ablauf der Geltungsfrist dieser Höchstpreise im Klein- wie im Großhandel mit Bestellungen in der Erwartung zurückgehalten wurde, daß die Höchstpreise herabgesetzt würden. Diese Praxis zeigte sich diesmal auch sehr fühlbar auf dem Auslandsmarkte. Als dann die bestehenden Eisenhöchstpreise auf unbestimmte Zeit in Geltung gelassen wurden, hielt die Zurückhaltung auch weiter an. Einige Zweige der Eisen- und Stahlwarenindustrie setzten, um den Kauf anzuregen und sich von den immer teurer werdenden Lagerbeständen zu befreien, die Preise herab, obwohl die Rohmaterialienpreise dieselben geblieben waren. Wegen der in der Pariser Konferenz beschlossenen 12prozentigen Abgabe auf die deutschen Ausfuhrwerte legte sich das Ausland jedoch weiterhin in der Bestellung Beschränkungen auf, weil es erst die praktischen Folgen dieses Beschlusses abwarten wollte. Es forderte bei festem Preisabschluß die Aufnahme der Bedingung, daß der deutsche Fabrikant die eventuell eingeführte 12prozentige Abgabe selbst tragen sollte. Es zerschlu-

gen sich dadurch viele sonst mögliche Auslandsgeschäfte. Außerdem drückten die bevorstehenden Londoner Verhandlungen lähmend auf das Auslandsgeschäft. Nur der Verkauf vom Lager setzte noch einmal zur Zeit der Leipziger Frühjahrsmessung ein. Der ausländische Kunde wollte sich noch schnell vor dem Inkrafttreten irgendwelcher Maßnahmen gegen die deutsche Ausfuhr infolge der Pariser und Londoner Beschlüsse und vor der Wirksamkeit der schutzzöllnerischen Maßnahmen der eigenen Länder mit den guten und billigen deutschen Eisen- und Stahlwaren versorgen. Das war der letzte schwache Lichtblick vor einer monatelang anhaltenden allerschärfsten Flaue. Es kam das Londoner Ultimatum mit seiner 50prozentigen Wertbeschlagnahme der deutschen Ausfuhr nach den ehemaligen Feindesländern und der Errichtung der Zolllinie am Rhein. Die drohende Wertbeschlagnahme unterband das Auslandsgeschäft nach den früher feindlichen Staaten gänzlich. Andere Auslandsstaaten verhinderten die deutsche Einfuhr durch hohe Schutzzölle, so daß auch diese für den deutschen Außenhandel zum größten Teil ausfielen. Durch die Errichtung der Zollgrenze am Rhein wurde die Industrie schwer getroffen. Verschiedene Teile wurden abgetrennt und gleiche oder verwandte Erzeugnisse unterlagen ganz verschiedenartigen Bedingungen. Außerdem wurde die Eisen- und Stahlwarenindustrie von ihren alten Rohstoffbezugsquellen und Absatzgebieten abgeschnitten.

In der Vorkriegszeit fielen 8 % der deutschen Gesamtausfuhr auf Eisen- und Stahlwaren. In der Nachkriegszeit ist dieser Prozentsatz bedeutend größer geworden. Die Ausfuhr dieser Erzeugnisse stellt sich auf 15–16 % der Gesamtausfuhr. Eine genaue einwandfreie Feststellung wird erst dann möglich sein, wenn das Ergebnis der amtlichen Statistik im einzelnen vorliegt; es ist aber nach Ansicht des Eisen- und Stahlwarenindustriebundes Elberfeld als sicher anzunehmen, daß der Prozentsatz gegen die Vorkriegszeit wesentlich zugenommen hat. So gehen zum Beispiel von den Erzeugnissen der Solinger Stahlwarenindustrie allein neun Zehntel der gesamten Produktion in das Ausland.

Die amtliche Statistik über den deutschen Außenhandel liegt bis zum Monat November 1921 vor. In diesem Monat ist die Einfuhr an Roheisen der Menge und dem Werte nach zurückgegangen von 53 649 dz im Oktober auf 32 339 dz im November bzw. von 10 Mill. auf 4,7 Mill. $\mathcal{M}$. Einen Rückgang um mehr als die Hälfte weist die Einfuhr an Rohluppen, Rohschienen, Rohblech und Draht auf. Bei Schienen, Laschen usw. zeigt sich das gleiche Verhältnis. Diese Einfuhr kam bis auf einen geringfügigen Rest wie immer aus dem Saargebiet mit 39 506 dz (69 743 dz). Die Roheisenausfuhr hat sich der Menge nach erheblich vermindert, im Werte dagegen etwas erhöht. Der größte Posten ging nach Großbritannien mit 213 420 (239 332) dz. Ferner erhielten das Saargebiet 44 989 (64 310), die Tschecho-Slowakei 26 654 (38 854) dz, Deutsch-Österreich 21 345 (42 569), Belgien 14 780 (21 519) dz. Ein erheblicher Posten ging auch nach Finnland mit 11 250 (2800) dz. Während im allgemeinen die Ausfuhr von Eisenfabrikaten etwas zurückgegangen ist, zeigt die Rohblechsausfuhr eine Verbesserung, ebenso die Röhren- und die Schienenausfuhr. Der Schienenabsatz ging besonders nach Nordrußland mit 72 047 (37 219) dz. Allerdings betrug die Schienenausfuhr im September sogar 220 938. Ferner gingen nach Südostasien 54 820 (39 529) und nach den Niederlanden 63 433 (54 976) dz.

Der Rückgang der Einfuhr hängt vor allem damit zusammen, daß die ausländischen Bezüge infolge der Ver-

teuerung der Devisen kaum noch zu bezahlen waren. Der Bedarf des Inlands ging an und für sich über die Einfuhrmengen weit hinaus; die deutsche Eisenindustrie konnte die inländische Nachfrage nur zum Teil befriedigen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die inländischen Aufträge häufig der Angst vor einer weiteren Preissteigerung entsprangen und insofern rein spekulativer Natur waren. Die Einfuhr dürfte mit der Besserung der Reichsmark wieder zunehmen, denn es müssen die inzwischen entstandenen Lücken ausgefüllt werden. Die seit November eingetretene rückläufige Bewegung der Devisen war bisher hauptsächlich auf dem Schrottmarkt zu verspüren. Die Preise für Kernschrott sind von ca. 3300 $\mathcal{M}$ in die Nähe von 2000 $\mathcal{M}$ gerückt. Die Abhängigkeit des Schrottmarktes vom Devisenmarkt erklärt sich daraus, daß im Ausland, namentlich in Belgien und Frankreich, Schrottmengen vorrätig sind, die jetzt angeboten werden.

Der Tiefstand der Reichsmark in der zweiten Hälfte des Jahres 1921 ist besonders der deutschen Eisenindustrie zugute gekommen. Nicht daß die Erzeinfuhr völlig geruht hätte. Wie die Niederrheinische Handelskammer Duisburg-Wesel berichtet, stieß die Erzversorgung 1921 auf keine Schwierigkeiten: die Zufuhr an Schwedenerzen ließ nichts zu wünschen übrig. Sie beschränkte sich jedoch in den letzten Monaten infolge der Verteuerung der Bezugsbedingungen (Löhne, Frachten, Markstand) auf die Abnahmemengen aus langfristigen Verträgen. Gestützt auf umfangreiche Lagerbestände zeigten die deutschen Werke im allgemeinen bei der Abnahme von Schwedenerzen Zurückhaltung. Der Bezug an spanischen Erzen war jeweils durch die Erzeugungsverhältnisse der englischen Eisen- und Stahlindustrie beeinflusst. Gegenüber dem starken Angebot an spanischen Erzen zu sinkenden Preisen in der ersten Jahreshälfte wurde der Bezug gegen Ende der Berichtszeit durch den erhöhten Bedarf Englands knapper; eine weitere Verteuerung brachte die Steigerung der Frachten im Verkehr mit der spanischen Küste mit sich. In Minette überwog das Angebot die Nachfrage bedeutend. In der ersten Hälfte der Berichtszeit verschärfte sich die Zurückhaltung deutscher Werke bei der Abnahme lothringischer Minette infolge der Zwangsmaßnahmen der Entente. In letzter Zeit wurden infolge des erhöhten Bedarfs in erheblicherem Umfang Käufe zu Preisen des Frühjahrs vorgenommen. Das Angebot an Minette ist geringer geworden, da in den letzten Wochen belgische, luxemburgische und französische Hochofenwerke weitere Hochöfen angeblasen haben.

Dem Siegerländer Erzbergbau und den Lahn- und Dillgruben ist es infolge des durch diese Verhältnisse bedingten verstärkten Zurückgreifens auf das heimische Erz möglich gewesen, die Verluste der vorausgegangenen Zeit teilweise wieder wettzumachen. Auch der Vogelsberger Erzbergbau hat Nutzen aus der Konjunktur gezogen. Sollte die Reichsmark sich weiter erholen, so dürften diese Bezirke neuen Schwierigkeiten entgegensehen. In der letzten Zeit ist ausländisches Erz, darunter neufundländisches, wieder in größeren Mengen angeboten worden.

Der Rückgang der Seefrachten wird dieser Konkurrenz in dem Augenblick zugute kommen, wo er infolge einer nachhaltigeren Besserung der Reichsmark für Deutschland wirksam wird. Diese Frachten müssen nämlich überwiegend in ausländischer Währung gezahlt werden; ihr Sinken fiel aus diesem Grunde bei dem schlechten Stand der Reichsmark bisher nicht ins Gewicht.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

Zu den Ursachen des Preisrückganges auf dem Weltmarkte

Die großen Preisrückgänge, wie wir sie seit einiger Zeit auf dem Weltmarkte beobachten können, haben vielfach Überraschungen in Deutschland hervorgerufen. Es hat tatsächlich viele gegeben, selbst in den Schichten der volkswirtschaftlich Gebildeten, die geglaubt haben, die Welt würde eine langdauernde Ära enorm hoher Preise erleben. Daß man das gemeint, liegt eines Teils darin, daß der hohe Stand der Seefrachten und der Löhne, in Gold gerechnet, als etwas betrachtet wurde, das nicht so bald schwinden würde, und damit auch nicht der Einfluß dieser Faktoren auf die Preislage. Anderenteils liegt der Grund der Verwunderung über die Preissenkungen des Weltmarktes darin, daß die Preisbewegungen während des Krieges in Deutschland als ein Analogon zu denen auf dem Weltmarkte betrachtet werden. Wir in Deutschland lebten wie in einer belagerten Festung, mußten sehen, mit dem auszukommen, was die Heimat bot. Das Angebot fiel tief unter dem vor dem Kriege gewohnten Maße, die Nachfrage blieb dieselbe, das Resultat im freien Handel war das, was der Volksmund Wucherpreise nannte. In Wahrheit waren diese, trotz ihrer Märchenhaftigkeit, der Ausdruck des völlig verschobenen Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage. Auf dem Weltmarkte verrückte sich wohl auch das Gleichgewicht, aber doch in einem geringen Umfange, verglichen mit den Zuständen bei uns. Selbst im freien Handel waren die Preiserhöhungen relativ mäßig. Genau genommen, trat lediglich eine Verschärfung des Verhältnisses ein, das in den letzten zehn Jahren vor dem Weltkriege auf dem Weltmarkte vorhanden war. Dieses Verhältnis war die Ursache der Preise, die nach dem Glauben der Menschheit der letzten Jahre der Vorkriegszeit hohe waren und auch hoch waren, im Vergleiche zu den Preisen, wie sie von ungefähr 1882 bis 1906 üblich waren. Diese relativ hohen Preise verursachten in England tiefgehende soziale Unruhen, die erst der Kriegsbeginn in den Hintergrund treten ließ. Unter den bis dahin erbärmlich entlohnerten ungelerten Arbeitern entstand so etwas wie eine revolutionäre Stimmung, die sich in gewaltigen Streiks entlud. Daß einige Produkte, wie Baumwolle Tee und Kaffee, wegen guter Ernten niedrig im Preise blieben, änderte nichts an dem Bilde der allgemeinen Teuerung.

Verhältnismäßig geringfügig war die Steigerung der Kornpreise; diese standen nur zeitweilig verhältnismäßig hoch, gemessen am Stand der vorangegangenen beiden Dezenen; ebenso der Preis für Metalle und Wolle sowie für Frachten, die alle nur eine mehr oder weniger längere oder kürzere Zeit hindurch im Werte sich erheblich hoben. Wohl aber geschah das einige Jahre vor dem Kriege bei Vieh und Fleisch, nicht nur in Westeuropa, auch — und dies ganz besonders — in Nord- und Südamerika. Stark wuchsen im Preise die Fabrikate, namentlich Kleidung, ferner Löhne und Mieten.

An diesen Erscheinungen wirkte vornehmlich die starke Vergrößerung des Wohlstandes der Welt mit, ferner die Tatsache, daß man in Rußland, Amerika, Argentinien, Indien die für die Landwirtschaft tauglichsten Ländereien in Kultur genommen hatte, während gleichzeitig dort die Bevölkerungen stark zunahmen und einen größeren Teil der einheimischen Erzeugungen verzehrten als vorher. Die Kornmengen, die dem Weltmarkte zuströmten, erfuhren keine so sprunghaften Vergrößerungen mehr wie in den siebziger Jahren. Schließlich verteuerte sich auch die Produktion in den russischen und transatlantischen Ackerbauregionen. In den Vereinigten Staaten

mehrte sich die Bevölkerung von 1880—90 um 12½ Mill. Menschen, von 1891—1900 um 14½ Mill. und von 1901—1908 allein um 12 Millionen. Infolgedessen sank die Menge des ausgeführten Kornes. Hatte die Republik von 1891 bis 1895 jährlich zwischen 150 und 225 Mill. Bushel Weizen ausgeführt, so waren es 1900 nur 102 Mill., 1905 gar nur 4, 1907 77 und 1908 100 Mill. Bushel. Noch stärker zeigte sich solche Wandelung bei den animalischen Produkten, besonders von 1906 ab. Ja, das Land kam häufig mit seinen eigenen Erzeugnissen nicht aus, es mußte Mais aus Argentinien importieren und schließlich auch Fleischprodukte. In Rußland hatte sich, im jährlichen Durchschnitt, die Kornausfuhr 1872/76 auf 46,6 Mill. hl, 1877/81 auf 67, 1882/86 auf 75, 1887/90 auf 108 Mill. hl gestellt. In späteren Jahren kam die Ziffer des Exportes nur selten über 100 Mill. hl, so 1894 und 1895, in denen 116 bzw. 145 Mill. hl ausgeführt wurden, bei Weizenernten von 16¼ bzw. 18½ Mill. Tonnen. Im neuen Jahrhundert erntete man im jährlichen Durchschnitt von 1901/05 16 Mill. Tonnen, 1906 16,96, 1907 13,8, 1908 15,9, 1909 15,91, 1911 16,97, 1913 16,6, 1914 12,9 Mill. Tonnen. In Argentinien hatten sich von 1879 bis 1895 die Weizenfelder von 72 000 ha auf 6 Mill. vermehrt; sie vergrößerten sich bis 1912 nur auf 6 912 000 ha. Die Ausfuhr betrug (in 1000 t):

1893/94	1894/95	1895/96	1896/97	1897/98	1898/99
1,56	1,11	0,56	0,156	0,633	1,2
Mißernten					
1911	1912	1913	1914		
2,289	2,665	2,855	1,00		

Während in den neunziger Jahren der argentinische Weizen ein Preisdrücker war, wegen der gewaltigen damaligen Entwertung des Peso, der im Lande keine entsprechende Preissteigerung entgegenwirkte, war davon im neuen Jahrhundert nicht die Rede, besonders nicht von 1910 an, obwohl die Kornexporte ungleich größer waren. Es war die Goldparität des Peso wiederhergestellt, weshalb die argentinischen Landwirte auf gute Weltmarktpreise sehen mußten. Niedrige Preise wären ihnen verderblich gewesen und hätte zur Einschränkung des Ackerbaues gezwungen, ebenso wie bei den amerikanischen Farmern, die in den achtziger und neunziger Jahren unter der Billigkeit des Kornes litten und deshalb von 1890—96 die dem Weizenbau gewidmete Fläche um 2¼ Mill. acres minderten. Daher war es sowohl der nordamerikanischen wie der argentinischen Landwirtschaft ein außerordentlicher Ansporn zur Ausdehnung des Kornbaues, als der Weltkrieg eine Steigerung der Preise brachte. Diese trat erst allmählich ein. Zwar stiegen die Preise in Westeuropa schon im Laufe der beiden ersten Kriegsjahre, aber das kam vornehmlich von der Steigerung der Versicherungen und Frachten. Die transatlantische Landwirtschaft hatte keinen Nutzen davon.

In den beiden ersten Kriegsjahren belief sich bei normalen mittelmäßigen Welternten der Preisaufschlag bei Korn und den vom Ertrage des Kornbaues abhängigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen selten über 100 %. Nur als man 1916 schlechte Ernten einheimste, sprang der Preis im Herbst 158 % über den Friedensstand empor, wenigstens bei Getreide, weniger bei den tierischen Produkten, die sich damals nur um etwas über 100 % hoben; sie verteuerten sich erst später mehr, als der hohe Kornpreis vom Herbst 1916 bis über den Krieg hinaus Dauerpreis wurde. Dieser dauernd hohe Preis war aber nicht die Folge der freien Preisbildung, sondern der von den alliierten Regierungen betriebenen Wirtschaftspolitik, die dar-

auf gerichtet war, den Kornbau so auszudehnen, daß auch bei schlechten Welternten die Brotversorgung ihrer Völker und Heere gesichert blieb. Von Wichtigkeit war hier, daß Amerika, nachdem es in den Krieg eingetreten, auch dieses Interesse hatte. Es setzte von Amts wegen feste Preise ein, die höher als die Preise waren, wie sie bei normalen Ernten gewesen wären. In England ebenso. In den Vereinigten Staaten überragten die gesetzlichen Preise die Friedenspreise um 150 bis 100 %, je nachdem man ihnen die Preise von 1914 oder von 1913 gegenüberstellt. Man zahlte für Weizen für 1 Tonne in „Goldmark“:

	1913	Aug. 1914	1915	1916	1917	1918
in Amerika...	138	164	190	222	349	366
in England...	155-173	153	236	220	351	334
in Argentinien	151	—	—	—	348	348

Nimmt man die Preise vom Juli 1914 mit 100 an, so standen die nordamerikanischen Preise für Brot, Fleisch, Butter und Milch im Juli 1917 auf 140, Oktober 1917 auf 148, Juli 1918 auf 153, Oktober 1918 auf 161.

Das Ziel, Steigerung der amerikanischen Kornerzeugung, wurde völlig erreicht, die Ernährung der westeuropäischen und italienischen Ententestaaten gesichert. Die Vereinigten Staaten und Argentinien konnten gewaltige Überschüsse auf den Weltmarkt werfen. 1917 hatten die Vereinigten Staaten einen Überschuß von 15—16 Mill. Tonnen, 1918 sogar von 18—19 Mill., gegen 11 Mill. im Jahre 1915 und 0,9 im Jahre 1916. Natürlich vollzog sich das auf Kosten anderer Kulturen, des Baumwollbaues, der Weiden, des Ölfuchtbaues, der Baumwollsamenerzeugung, die wesentlich zurückgingen, bei verstärkten Anforderungen, wie sie der Krieg verursachte.

Gleich nach Kriegsende konnte ein Rückgang der Preise nicht einsetzen, im Gegenteil, die Preise des Weltmarktes mußten die Tendenz in sich tragen, sich zunächst noch mehr nach oben hin zu entwickeln. Einerseits blieb der Frachtmangel anfänglich noch bestehen, ebenso die gesetzliche Fixierung der Kornpreise mit den daraus sich ergebenden wirtschaftlichen Folgen für die Bewegungen der Preise der anderen landwirtschaftlichen Produkte. Auch minderte sich der Bedarf der Heere nur ganz allmählich. Andererseits traten nun Deutschland und Österreich wie Polen als Käufer auf dem Weltmarkte auf. Betrug 1918 die Indexziffer von Warenpreisen im Großhandel für England 225 und für die Vereinigten Staaten 203, so war sie im Januar 1921 hier auf 227 emporgeklüffert und dort im März desselben Jahres auf 310. Langsam hub das Sinken an; noch im Sommer 1920 war nur wenig davon bemerkbar: die wirtschaftlichen Kriegsfolgen regierten noch. Erst vom Herbst 1920 an schwächten sich diese ab, vor allem fingen die Frachten an stark zu weichen, die Beschränkungen des freien Getreidehandels zu fallen und die Kaufkraft Europas beeinträchtigt zu werden. Den ganzen Herbst und den Winter 1920/21 kennzeichnet ein unaufhaltsames Fallen der Weltmarktpreise. Das spiegelte sich besonders in den Indexziffern des Großhandels:

	Okt. 1920	Dez. 1920	Jan. 1921	Febr. 1921	März 1921
In den Vereinigten Staaten	170	138	134	129	123
„ England	266	220	209	192	189

Diese Situation hat sich seitdem noch verschärft, die Rückgänge der Weltmarktpreise haben weiter angehalten.

Es notierten am:	Ende 1913	1. 8. 20	9. 12. 20	29. 11. 21
Baumwolle	12,60	33,80	15,67	17,53
Kaffee	9,—	19,87	7,—	9,08
Weizen	100,50	247,—	197,30	127,25
Mais	68,50	137,87	73,—	47,12
Schweinefleisch	21,20	26,85	23,22	15,10
Schmalz	10,67	18,20	14,35	8,50

So hat sich auf dem Weltgetreidemarkt der Vorkriegspreis wieder Geltung errungen, ebenso auf dem Baumwollmarkte und dem Weltmetallmarkt. Der Wert von Kupfer und Zinn war schon Ende Mai auf den Vorkriegsstand gesunken, auf 73—72 bzw. 173—174 s.

Daß diese Preisbewegungen wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprungen sind, läßt sich klar an denen für Baumwolle und Weizen erweisen. Auf dem Baumwollmarkte wirkt einerseits die Tatsache, daß die Produktion des letzten Jahres allerdings stark hinter der vor dem Kriege zurückblieb, aber immer noch die des Krieges überragte, und andererseits der Umstand, daß der Bedarf Europas viel geringer ist als vor dem Kriege. Die amerikanische Baumwollernte ergab (in Tausend Ballen):

1909/10....	10 386	1913/14... 14 614	1917/18.... 12 345
1910/11....	11 966	1914/15... 16 738	1918/19.... 12 835
1911/12....	16 109	1915/16... 12 013	1919/20.... 11 450
1912/13....	14 091	1916/17... 12 664	1920/21.... 12 987

Auch die Abschaffung der Zwangswirtschaft für Getreide und die damit verknüpfte Depression der Kornpreise half mit, die Baumwollpreise zu drücken. Wie sehr diese Depression notwendig war, ergibt sich daraus, daß die Erntemengen nur wenig hinter denen vor dem Kriege zurückstanden. In den Vereinigten Staaten und Kanada erntete man 1919/1920 28,6 Mill. t, 1920/1921 28,5 Mill. t, in Argentinien 5 Mill. bzw. 5,8 Mill., in Indien und Nordafrika 9,4 bzw. 12,0 Mill. t. Der Ausfall Rußlands drückt einstweilen nicht allzusehr, weil Amerika, Indien und Australien mehr als vor dem Kriege eingeheimst haben. Die Wirkung des Krieges mit seinen hohen Preisen macht sich noch geltend. So brachte man in den Vereinigten Staaten und Kanada an Weizen ein (in Mill. Bushel):

1907.....	720	1909..... 856	1919..... 1060
1908.....	788	1913..... 976	1920..... 1058

in den Vereinigten Staaten an Mais (Mill. Bushel):

1900.....	2150	1907..... 2592	1913..... 2960
1901.....	1552	1908..... 2642	1914..... 3232
1905.....	2708	1909..... 2630	1921.. über 3152
1906.....	2927	1912..... 3124	

in Argentinien an Weizen (in Mill. t):

1911/12...	4,5	1913/14... 3,1	1916/17... 2,01	1920/21.. 5,8
1912/13...	5,2	1915/16... 4,7	1919/20... 5	

Die Weltweizenernte betrug (in Mill. t):

1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1919	1920
84,1	83,6	97,1	101,0	100,6	108,1	112,5	72,1 ^{ohne Rußland}	69,4 ^{ohne R. u. L. u. d.}

Rußland erntete früher 15—20 Mill. t jährlich, je nach den Ernten. Dies in Betracht gezogen, ist die Weltweizenernte wohl geringer als in den letzten Jahren vor dem Kriege, nicht aber gegen die Ernten, die den letzten Friedensernten vorhergingen. Was an Weizen mangelt, ist umso reichlicher an Mais vorhanden, allein auf der nördlichen Halbkugel 1919/20 79,7 Mill., 1920/21 884 Mill. t.

Ob die Preise viel weiter fallen werden? Das ist kaum zu erwarten, weil die Urproduktion von denselben Verhältnissen beherrscht wird, wie vor dem Kriege, mit der Ausnahme, daß Rußland außerhalb des Weltverkehrs steht. Deshalb regiert Amerika die Stunde, und das kann keinen weiteren erheblichen Preisabfall ertragen oder es muß seine Produktion einschränken.

Kuno Waltemath

Deutsche Steuer-Rundschau

I. Zur Einführung

Die Berichte, die von nun an vierzehntäglich folgen sollen, wollen unter Verzicht auf jede eigene Kritik rein sachlich einen Überblick über die wichtigsten Geschehnisse auf dem Gebiet der Steuergesetzgebung gewähren. Dabei wird sich allerdings in der Auswahl und Anordnung des Stoffes ein eigenes Urteil über die Frage, was wichtig ist und in welchem Zusammenhang die einzelne Bestimmung Bedeutung gewinnt, nicht vermeiden lassen. Rein chronologisch aus dem ursächlichen Zusammenhang herausgerissen, lassen sich die Ereignisse auf dem Gebiet des Steuerwesens umso weniger verstehen, als hier neben der juristischen besonders die volkswirtschaftliche Bedeutung der Gesetze beleuchtet werden soll.

Der Wunsch, den folgenden Betrachtungen durch die Aufstellung eines geordneten Haushaltsplanes und durch eine in seinem Rahmen vorzunehmende genaue Bestimmung des gesamten Steuerbedarfes zugleich einen Ausgangspunkt und eine feste Grundlage zu geben, läßt sich leider nicht verwirklichen. Als die Regierung nach Annahme des Londoner Ultimatums mit den neuen Steuergeszentwürfen hervortrat, wurde von verschiedensten Seiten die Forderung aufgestellt, zuerst einen solchen Haushaltsplan zu veröffentlichen. Dieser Anregung ist dadurch stattgegeben worden, daß zunächst ein inoffizieller Entwurf eines Haushaltsplanes in der „Industrie- und Handels-Zeitung“ Nr. 209 vom 7. 9. 21 zum Abdruck gebracht wurde, und daß dann später bei Eintritt in die Steuerdebatte im Reichstag der Reichsfinanzminister selbst eine finanzielle Aufstellung für 1921 und 1922 gab. Der dritte Nachtrag zum Etat von 1921 machte dann eine Neuaufstellung nötig, die ebenfalls Anfang Dezember dem Reichstag zugegangen ist. Ein Vergleich der drei Aufstellungen vom September, November und Dezember zeigt aufs deutlichste die problematische Natur, die der Reichshaushaltsplan unter den obwaltenden Zeitverhältnissen haben muß. Durchaus beherrschend im Gesamtbild sind die Reparationsverpflichtungen, deren Höhe, in Papiermark ausgedrückt, sich aber jeweils nach dem Kursstand verändert. Die 2,5 Goldmilliarden, die Deutschland im Rechnungsjahre 1921 zu leisten hat, waren im September unter Zugrundelegung des Verhältnisses von einer Goldmark = 14 Papiermark auf 30,1 Milliarden zu beziffern, während sie jetzt bei einem Umrechnungskurs von einer Goldmark = 40 Papiermark mit 86,4 Milliarden, also nahezu dem Dreifachen, in Anschlag gebracht sind. Mit der Veränderung des Kurses, deren Hauptursache zweifellos wiederum in der Erfüllung der ersten Milliarde für Reparationszwecke lag, hat sich dementsprechend innerhalb von drei Monaten der Gesamtbedarf des Deutschen Reiches von rund 140 auf rund 330 Milliarden vermehrt. Der Bedarf im ordentlichen Haushalt beträgt nach der letzten Aufstellung allein 157,4 Milliarden, während die Einnahmen aus den Steuern insgesamt auf nur 56 Milliarden gegen 38,3 Milliarden im September veranschlagt werden. Der Gesamtanleihebedarf ist von 27,6 Milliarden im September auf 161,5 Milliarden im Dezember gewachsen.

Daß ein solcher Haushaltsplan wohl den ganzen Widersinn des Londoner Abkommens zeigt, nicht dagegen einem großzügigen und weit in die Zukunft hineinreichenden Steuerprogramm zur Unterlage dienen kann, ist klar. Verlässlich sind alle schon jetzt veranschlagten Ziffern für das Jahr 1922 (darunter für Kontributionen bei einem Kursstand von 1 Goldmark = 60 Papiermark rund 210 Milliarden) um so weniger, als über die Abänderung der Reparationslast binnen kurzem von neuem entschieden werden soll.

Der Mangel einer zuverlässigen Aufstellung ist zweifellos bedauerlich, indessen kann man sich mit einem gewissen Galgenhumor darüber hinwegsetzen, wenn man bedenkt, daß Deutschland seine Steuereinnahmen nicht etwa wie in Friedenszeiten nach den Ausgaben bemessen kann, sondern daß es auf Befehl der alliierten Mächte für unabsehbare Zeit das irgendwie erreichbare Höchstmaß an Steuern anstreben muß; denn anders kann in der Praxis die im Versailler Vertrag verankerte Maxime, daß Deutschland mindestens ebensoviel wie der höchstbesteuerte Staat der Gegenseite auf dem Steuerweg aufzubringen habe, nicht aufgefaßt werden. Selbst, wenn Deutschland wirklich nachweisen könnte, daß, prozentual am Einkommen gemessen, die Besteuerung seiner Bürger bedeutend höher wäre als beispielsweise der Franzosen, so würde dieser Nachweis doch wirkungslos bleiben, solange die absolute Grenze der Besteuerungsmöglichkeit nach Ansicht der Gegenseite noch nicht erreicht wäre. Außerdem ist an früherer Stelle im „W.-D.“ der überzeugende Nachweis geführt worden, daß derartige Vergleiche stets stark hinken.¹⁾ Bei ihnen gibt es so viele theoretisch angreifbare Punkte, daß eine von ihrem Recht überzeugte Gegenseite stets die Handhabe zu wirksamen Angriffen gegen die Berechnung hat.

Anzustreben ist also die Berechnung des Punktes, wo die absolute Höhe des Erträglichen erreicht wird. Die Schwierigkeit besteht hauptsächlich darin, daß dies einerseits bei jeder Steuer gesondert geprüft werden muß und daß andererseits die Gesamtgrenze nur unter Berücksichtigung des Zusammenwirkens all der verschiedenen Steuern, deren Zahl schon jetzt weit über 30 beträgt, vorgenommen werden kann. Man wird aber auch die psychologische Grenze der Steuern nicht außer acht lassen dürfen.

Einzelne typische Kategorien der Steuerzahler herauszugreifen und bei ihnen das Ineinandergreifen der Steuern auf Grund von Durchschnittsberechnungen darzustellen, also z. B. für die Kategorie des Großindustriellen, des kleineren Kaufmanns, des mittleren Beamten, des Arbeiters, die gesamte Belastung durch alle Arten von direkten und indirekten Steuern nachzuweisen, ist nahezu unmöglich. Dies wird um so klarer, wenn man sich vorstellt, daß in den Preisen der Artikel außer den nachweisbaren auch versteckte Steuern enthalten sind, so z. B. in jedem Industrieprodukt die Kohlensteuer, die Transportsteuer usw. Nicht einmal im einzelnen Falle wird sich daher genau berechnen lassen, wieviele Steuern bezahlt werden, geschweige denn für den Durchschnitt.

Eine einfachere Berechnung ist versucht worden, indem man einerseits die Veränderung des Realeinkommens im Verhältnis zur Vorkriegszeit festgestellt und diesen Zahlen andererseits die absolute Ziffer der Steuersteigerung gegenüber gehalten hat. Es sei hierbei auf die seinerzeit dem Vorsitzenden der Friedenskonferenz und den alliierten Regierungen übergebene Denkschrift des Reichsfinanzministeriums und auf den Artikel „Reichsfinanzen und Steuerprogramme“ in Nr. 21/22 der „Mitteilungen“ der Hamburger Handelskammer vom 29. 10. 21 hingewiesen.

Im folgenden wird die Aufstellung nach dem neuesten Stand der Berechnung gegeben. Die Steuererträge des Jahres 1913 und die Sollbeträge für 1921 und 1922 werden nebeneinandergestellt (in Mill. M):

¹⁾ Siehe „W.-D.“ Nr. 15 v. 15. 4. 21, S. 91 ff.: „Steuerdruck und Wiedergutmachung“ von Eduard Rosenbaum.

Bezeichnung der Steuer	Aufgekommen sind 1913	Sollbetrag für 1921	Vorläufig ein- geschätzt. Soll- betrag für 1922
A. Direkte u. Verkehrssteuern			
I. Fortdauernde Steuern			
1. Einkommensteuer	1435,7 (+ allgem. spez. Ergänzungsst. B*)	20 000	23 000
2. Körperschaftsteuer	—	2 000	4 000
3. Kapitalertragssteuer	45,1 (B u. G*)	1 400	1 530
4. Reichsnotopfer	—	2 200	8 000
5. Besitzsteuer	—	30	20
6. Erbschaftsteuer	70,3	620	700
7. Umsatzsteuer	65,1 (B u. G*)	9 000	24 500
8. Grunderwerbssteuer	—	500	550
9. Kapitalverkehrsst. (resp. die entspr. Reichsstempelabg.)	—	—	—
a) Gesellschaftsteuer	—	600	1 067
b) Wertpapiersteuer	326,7	100	118
c) Börsenumsatzsteuer	+ 3,7	300	1 075
d) Aufsichtsratssteuer	Banknotensteuer	30	50
e) Gewerbebeanschaff. St.	—	—	50
10. Kraftfahrzeugsteuer	(Erlaubniskartenstempel)	3	125
11. Versicherungssteuer	—	120	330
12. Rennwettsteuer	—	—	215
13. Lotteriesteuer	—	100	60
14. Wechselstempel	20,1	20	60
15. Stempel v. Frachtkunden	—	100	100
16. Abgaben v. Personenverk.	—	800	1 000
17. Abgaben vom Güterverkehr	—	1 000	1 600
Summe 1.....	1966,7	38 923	68 150
II. Einmalige Steuern			
(Für 1913 der Wehrbeitrag für 1921 und 1922 die Zuwachsst., die Kriegsabg. vom Vermögenszuw. 1919 die außerordentl. Kriegsabg. 1918, der Zuschlag z. auß. ordentl. Kriegsabgabe 1916, die Kriegsabgabe 1916, die Abgabe vom Vermögenszuw. aus der Nachkriegszeit	0,8	2 000	3 000
Summe 1 und 2	1967,5	40 923	71 150
B. Zölle u. Verbrauchssteuern			
18. Zölle	890,5	3 500	4 700
19. Kohlensteuer	—	5 800	10 150
20. Tabaksteuer	56,6	3 000	3 500
21. Biersteuer	296,0	165	1 000
22. Weinsteuer	3,9	450	1 500
23. Schaumweinsteuer	10,4	100	100
24. Mineralwassersteuer	—	40	60
25. Aus der Branntweinverwert.	214,4	570	1 748
26. Essig-äureverbrauchsabg.	0,9	10	47
27. Zuckersteuer	181,4	160	1 000
28. Salzsteuer	63,0	80	60
29. Spielkartensteuer	2,1	10	10
30. Statistische Gebühr	2,1	1	1,3
31. Aus dem Süßstoffmonopol.	—	—	100
32. Ausfuhrabgabe (soweit sie von Zollkassen erhoben wird)	—	4,3	—
Summe B.....	1760,3	14 790,3	23 976,3
Gesamtsumme der Erträge			
Direkte und Verkehrssteuern	1967,5	40 923	71 150
Indirekte Steuern und Zölle	1760,3	14 790,3	23 976,3
Zusammen	3727,8	55 713,3	95 126,3

* B = in den Bundesstaaten erhoben * G = in den Gemeinden erhoben.

Die Zahlen für 1922 dürften allerdings noch eine erhebliche Korrektur erfahren. Der Reichsfinanzminister hat in der gemeinsamen Sitzung der Steuerausschüsse am 10. 1. 22 mitgeteilt, daß die beschlossenen Abänderungen das finanzielle Ergebnis der neuen Steuern nicht unwesentlich beeinflussen und hat die voraussichtlichen Ausfälle bei den indirekten Steuern folgendermaßen angegeben (Milliarden M):

bei der Kohlensteuer auf 4-5	bei der Tabaksteuer .. auf 0,4
" " Zuckersteuer .. 0,5	" den Zöllen
" " Biersteuer .. 0,2	" der Umsatzsteuer. .. 5
Zusammen 11,6-12,6 Milliarden M.	

Auch bei den direkten Steuern ergeben sich voraussichtlich erhebliche Abschwächungen, so daß mit einem Gesamtabzug von 20 Milliarden zu rechnen sein wird. Der Gesamtertrag der Steuern für 1922 würde dementsprechend nicht rund 95, sondern rund 75 Milliarden betragen.

Bei Zugrundelegung dieser Summe ergibt sich folgendes Verhältnis: Der Nominalertrag der Steuern für 1922 verhält sich zum Nominalertrag von 1913 wie 20 : 1.

Nun kommt es aber auf das Verhältnis der Realerträge an. Dieses hängt davon ab, welche Entwertung die Mark im Inlande erfahren hat. Eine unbedingte Zuverlässigkeit können die hierfür aufgestellten Berechnungen nicht beanspruchen, da auch der Reichsteueringindex lange nicht umfassend genug ist, um die durchschnittliche Teuerung einwandfrei widerzuspiegeln. Man wird jedoch den Realwert der Papiermark mit rund 0,05 Friedensmark anzusetzen haben.²⁾ Danach wäre der veranlagte Realertrag der Steuern für 1922 etwa derselbe wie für 1913.

Dem sind die Realwerte des durchschnittlichen Einkommens in den Jahren 1913 und 1922 gegenüber zu halten, aus denen sich auch die Veränderung der durchschnittlichen steuerlichen Leistungsfähigkeit ergibt. Hierfür fehlen sämtliche statistischen Unterlagen. Indessen bedarf es nicht erst der Statistik, um nachzuweisen, daß das durchschnittliche Realeinkommen weit unter dem Friedensstand steht. Nur ein kleiner Teil der Arbeiterschaft und der freien Berufe bezieht ein gleiches Realeinkommen wie in Friedenszeiten. Dagegen ist die Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten ebenso wie der überwiegende Teil der freien Berufe erheblich gesunken, und weite Schichten der kleinen Rentner sind völlig verarmt.

Ergibt die obige Betrachtung, daß die Grenze der Steuerbelastung im allgemeinen oder bei einzelnen Steuern erreicht wird, so sind die Folgen klar. Sie bestehen entweder in der Flucht vor der Steuer bzw. vor den besteuerten Artikeln, oder in dem Überwälzungsprozeß, der über sich steigende Gehälter und Preise hinweg in der Vermehrung des Papiernotenumlaufes und in der Wertsenkung der Mark im deutschen Binnenverkehr endigt. Dieser Zusammenhang zwischen Überwälzung und Währungsstand ist wohl das schwierigste Problem in der heutigen Finanzpolitik. Es nützt nichts, nur nominell gesteigerte Steuererträge anzustreben. Realwerte in den Besitz des Staates überzuführen ist daher das letzte Ziel derer, die auf eine „Erfassung der Sachwerte“ dringen; denn daß eine Steuer, die auch nur hypothekarisch die Sachwerte erfaßt, den Charakter einer teilweisen Eigentumskonfiskation haben muß, kann nicht geleugnet werden. Eine ausführliche Erörterung des Überwälzungsproblems, und der Frage der Erfassung der Sachwerte bis zur bewußten Enteignung großer Teile des Sachvermögens könnten indessen die Wirkung des klaren Zahlenbildes trüben. Dies Gesamtbild aber ist wesentlich für die Beurteilung des neuen augenblicklich vom Reichstag beratenen Steuerprogramms, soweit die Entwürfe lediglich das Ziel eines steuerlichen Mehrertrages haben.

Die volkswirtschaftliche Betrachtung wird sich aber nicht in diesen finanzpolitischen Erwägungen erschöpfen dürfen. Je härter die Steuerlast wird, desto mehr muß eine sozial gerechte Verteilung angestrebt werden. Die Entwicklung der Einkommensteuer, die am besten für eine nach den persönlichen Verhältnissen abgestufte Steuerbemessung geeignet ist, zeigt die Wichtigkeit dieses Gesichtspunktes für die kritische Betrachtung.

Die bessere und gerechtere Ausgestaltung ist zum großen

²⁾ Hält man den gegenwärtigen Preisstand für dauernd, so müßte eine noch niedrigere Zahl zugrunde gelegt werden, etwa 0,02-0,03. Die Schriftleitung.

Teil auch eine Frage der Erhebungstechnik. Die letztere hat z. B. bei der Einkommensteuer unverkennbare große Fortschritte gemacht, indem das System der Erhebung an der Quelle zweckentsprechend ausgebaut worden ist. Indessen zeigt derjenige Teil der Einkommensteuer, bei dem keine Erhebung an der Quelle stattfindet, wie sehr die Erhebungstechnik noch im argen liegt. Die Fragen der Veranlagung und der Erhebung sind in der Finanzwissenschaft oft so breit behandelt worden, daß die Lehrbücher ebensogut von Steuersekretären hätten geschrieben sein können. Trotzdem oder gerade deswegen sind die wichtigsten finanzpolitischen Erörterungen über diese Fragen fast in der gesamten Literatur zu vermissen.³⁾

Die rechtlichen Gesichtspunkte für die Beurteilung der Steuern brauchen hier nicht hervorgehoben zu werden. Nur so viel mag gesagt werden, daß die reinen Steuerrechtsfragen in steigendem Maße die wirtschaftliche Gestaltung vor allem hinsichtlich der Bildung und der Umwandlung von Gesellschaften

³⁾ Zu erinnern ist jedoch an dieser Stelle an den Aufsatz „Steuerquelle und Wirtschaftsform“ von Eduard Rosenbaum. Siehe „W.-D.“ Nr 28 u. 29 v. 15. u. 22. 7. 21.

beeinflusst haben. Selbst an den juristischen Spitzfindigkeiten und Klügelereien, an denen die Steuerrechtsliteratur reich ist, wird daher der im Wirtschaftsleben Stehende nicht vorbeigehen können.

Hiermit dürften die wesentlichsten Gesichtspunkte zur kritischen Beurteilung gegeben sein, ohne daß eine Kritik selbst gegeben ist oder gegeben werden soll. Gerade darum aber, weil die folgenden Berichte rein sachlich sein wollen, müssen sie zur Kritik auffordern. Die kritiklose Wiedergabe kann nicht das letzte Ziel sein. Aber sie erfüllt ihre Zwecke, wenn sie durch ihre Übersichtlichkeit zur praktischen und wissenschaftlichen Verwertung dient. Daher mag es nicht überheblich und verfehlt sein, in diesen Zusammenfassungen den Steuerberichten den Wunsch voraus zu schicken, daß endlich eine neue umfassende Finanzwissenschaft geschrieben werde, die den seit Wagners Zeiten völlig veränderten Verhältnissen Rechnung trägt und deren Fehlen vorläufig schmerzlichst empfunden wird.

Erwin Wiskemann

Deutschland

Chronik der Staats- und Privatwirtschaft

Staatwirtschaft, Gesetzgebung

Der Reichsrat und Reichstag verabschiedeten den vierten Nachtragsetat für 1921 in Höhe von 4½ Milliarden, wovon 500 Mill. M auf Lohnerhöhungen und Teuerungszuschläge entfallen.

Bei der Etatberatung im Reichsrat wurde beschlossen, die Ausgaben für das Reichsschatzministerium nur für ein halbes Jahr zu bewilligen. Am 1. 10. soll demnach die Auflösung dieses Ministeriums beendet sein. Dagegen schloß sich der Reichsrat dem Gutachten der Ausschüsse nicht an, welche die Aufhebung des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft empfohlen hatten, sondern nahm nur größere Abstriche im Personaletat dieses Ministeriums vor.

*

Am 1. 2. tritt ein neuer Tarif für Expresgutbeförderung auf den Eisenbahnen in Kraft. Er wird durch einen Zuschlag von 60 % zu dem entsprechenden Eilguttarif gebildet. Ebenso wird für beschleunigtes Eilgut die Fracht vom 1. 2. an berechnet. Als Mindestgewicht für ersteres wird 10 kg, für letzteres 20 kg berechnet, Mindestfrachten sind 12 und 20 M. Der Tarif für gewöhnliche Paketsendungen erhöht sich um rund 50 %.

Da die Anfang Januar bewilligte Erhöhung der Löhne und Gehälter bei der Reichseisenbahn, zusammen mit der zu erwartenden Steigerung der Materialkosten für 1922 eine Mehrbelastung von rund 4 Milliarden M bedeuten, ist zur Balanzierung des Budgets, eine weitere Erhöhung der Tarife in Aussicht genommen. Diese würde 10 % der am 1. 2. erhöhten Güterfrachten ausmachen.

*

In einer Reihe von Entschlüssen und Eingaben haben die Organisationen der Beamten und Staatsangestellten Protest gegen die bisherigen Ergebnisse der Besoldungsverhandlungen und gegen die Art der beabsichtigten Besoldungsreform eingelegt und Heraufsetzung der Grundgehaltssätze, Änderung der Teuerungszulagen und Einführung einer gleitenden Gehaltsskala (so der Reichsbund der höheren Beamten) gefordert.

*

Im Preussischen Staatsrat teilte der Finanzminister mit, daß das Reich die Absicht habe, eine Grundsteuer einzuführen und daß eine Vorlage dazu schon ausgearbeitet sei.

Der Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft stimmte bei der Beratung des Gesetzentwurfes über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln im allgemeinen dem Regierungsentwurf zu. Einige Änderungen betrafen die Erweiterung des Kreises von Personen, welche zum Handelsverkehr zugelassen werden können, sowie die Abschwächung verschiedener Bestimmungen des Entwurfs.

Das Gesetz soll nach Annahme im Plenum am 1. 4. in Kraft treten.

Verhandlungen über das Steuerkompromiß zwischen Zentrum und Mehrheitssozialdemokraten sowie innerhalb verschiedener anderer Fraktionen nehmen ihren Fortgang.

In Prag wurden Abmachungen zwischen Deutschland und der Tschecho-Slowakei unterzeichnet, die sich auf Rechtshilfe und gegenseitige Vollstreckbarkeit gerichtlicher Urteile in Zivilsachen beziehen.

Bergbau und Industrien

Durch einen Beschluß der Reparationskommission ist anstatt der bisherigen Monatsprogramme für die Kohlenlieferungen ein Vierteljahrsprogramm (für Februar bis April) festgesetzt worden. In dieser Zeit sind 5 750 000 t Kohle bzw. entsprechende Mengen Koks zu liefern. Die deutsche Delegation hat sich zur Ausführung des Programms fest verpflichtet.

Laut Mitteilungen der „Deutschen Bergwerkszeitung“ plant der Thyssenkonzern außerordentlich große Erweiterungen seiner Werke. Die erforderlichen Mittel sollen sich auf 2 bis 3 Milliarden M belaufen. In erster Linie handelt es sich um die Einrichtung der Fabrikation von elektrotechnischen Artikeln, weiterhin um den Ausbau der Röhrenproduktion. Die erforderlichen Mittel sollen vorwiegend durch Bankkredite und Anleiheausgabe aufgebracht werden.

Die in Hamburg tagende Generalversammlung der Waggon- und Maschinenfabrik A.-G. vorm. Busch, Baugarten, beschloß eine Erhöhung des Kapitals von 12½ Mill. M um 12½ Mill. M, zugleich um 2½ Mill. M Vorzugsaktien mit zehnfachem Stimmrecht. Die Kapitalserhöhung soll insbesondere zum Wiederaufbau der russisch-baltischen Waggonfabrik „Phönix“ in Riga dienen.

Der Vorstand der Ilse-Bergbau-A.-G. in Grube Ilse teilt mit, daß die ausgegebenen 30 Mill. M 5%igen Obligationen

zum Ankauf von Grundstücken und Kohlenfeldern Verwendung finden sollen.

Nach Zustimmung jener Hochofenwerke, die in der Dezember-sitzung des Roheisenverbandes nicht zugegen waren, zum neuen Verbandsvertrag ist die Verlängerung des Roheisenverbandes bis zum 31. 12. 26 gesichert.

Seit dem 20. 12. 21 ist die Preisprüfung für Feilen, seit dem 1. 1. 22 jene für Sägen und gewerbliche Maschinenmesser wieder eingeführt worden.

Langdauernde Verhandlungen über die Wiederherstellung des Kabelverkehrs Emden-New York sind jetzt zum Abschluß gekommen. Es ist in Aussicht genommen, daß die Deutsch-atlantische Telegraphengesellschaft gemeinsam mit der Commercial Cable Co. und die Western Union Telegraph Co. gemeinsam mit einer neugebildeten deutschen Kabelgruppe den Bau je eines Kabels vornehmen.

Banken, Handel, Versicherungswesen

Nach einer Meldung aus Ems hat die Interalliierte Rheinlandkommission entschieden, daß grundsätzlich für die gesamte Ein- und Ausfuhr des besetzten Gebietes die Bewilligung des Ausfuhramtes Bad Ems allein zulässig sei, Aus- und Einfuhrbewilligungen einer deutschen Außenhandelsstelle also nicht anerkannt werden.

In München hat die Gründung der Hansa-Bank A.-G. stattgefunden. Die Gesellschaft verfügt über ein Kapital von 100 Mill. M., von denen 10 Mill. auf Vorzugsaktien mit zehnfachem Stimmrecht entfallen. Letztere werden von den gründenden Hansabank-Genossenschaften übernommen.

*

Die fünf Spitzenorganisationen der landwirtschaftlichen und Konsumgenossenschaften: Generalverband der Deutschen Raiffeisen-Genossenschaften, Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, Zentralverband (und Großeinkaufsgesellschaft) deutscher Konsumvereine, Reichsverband (und Großeinkaufszentrale) deutscher Konsumvereine sind, bei Anwesenheit von Vertretern der Reichsregierung, in Hamburg zusammengetreten. Beratungsgebiet war die Organisation des unmittelbaren Warenbezuges der Verbraucher- von den Erzeugergenossenschaften. Nach günstig verlaufenen Besprechungen wurde eine ständige Kommission zur Weiterbearbeitung der Angelegenheiten geschaffen.

Auf seiner Potsdamer Tagung am 17. 1. forderte der Verein deutscher Zeitungsverleger erneut das Eingreifen der Regierung, um die ausreichende Papierversorgung der Tagespresse zu erträglichen Preisen sicherzustellen. Als Mittel hierfür wurde in einer Resolution, neben der Begünstigung der Papierverbraucher durch die Verkehrsanstalten, die Sperrung der Zellstoff- und Papierausfuhr genannt.

Die Kammer für Handelssachen des Landgerichts Düsseldorf hat am 10. 1. dahin entschieden, daß die Lieferungssperre der Deutschen Tuchkonvention (eines Fabrikantenverbandes) gegenüber den Nichtmitgliedern der Tuchvereinigung (einer Organisation des Tuchhandels) einen unzulässigen Übergriff darstelle und hat die Sperre zunächst außer Kraft gesetzt.

*

Die „Wotan“ Allgemeine Versicherungs-A.-G., die im November 1921 ihr Kapital auf 10 Mill. M. erhöht hat, teilt mit, daß sie zum 1. 2. das Transportversicherungsgeschäft aufnehmen wird und in der Lage ist, große Beträge in außerdeutscher Währung zu übernehmen.

Ein Anfang Januar ergangenes Rundschreiben des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung bezeichnet den planmäßigen Abschluß von Versicherungsgeschäften in fremder Währung als unerwünscht und stellt fest, daß die Übernahme von Ver-

sicherungen in fremder Währung einer Genehmigung unterliegt.

Auf eine Anfrage der Handelskammer zu Berlin hat das Reichsaufsichtsamt geantwortet, daß die Zulassung von Einheitsversicherungen den allgemeinen Vorschriften des Aufsichts-amtes unterliegt und hat es abgelehnt, eine programmatische Erklärung über Spezialfragen dieses Gebietes (wie Stellungnahme zur Höhe der Prämien, Nachprüfung genügender Rückversicherung) zu geben.

Ferner teilt das Reichsaufsichtsamt in seinem Geschäftsbericht mit, daß dort Anfang 1920 ein Gesetzentwurf ausgearbeitet worden ist, um die Prämienhöhung bei laufenden Verträgen, insbesondere der Lebensversicherung, wie sie durch Erhöhung der Verwaltungskosten notwendig werden kann, gesetzlich zu regeln. Man ließ aber den Entwurf wieder fallen, da weder die generelle Heraufsetzung der Prämien, noch die Ermächtigung einzelner Gesellschaften zur Erhöhung dringend und vorteilhaft erschien.

Die in Liquidation befindliche Berner Rückversicherungs-A.-G. schlägt ihrer am 11. 2. zusammentretenden Generalversammlung den Anschluß an die Frankfurter Allgemeine Versicherungs-A.-G., entweder allein oder in Verbindung mit deren Tochtergesellschaften, vor. Zu diesem Zweck sollen alte Aktien im Nominalwert von 2000 fr auf 1000 fr abgestempelt und das Aktienkapital durch Ausgabe neuer Aktien wieder auf 4 Mill. fr erhöht werden. Die Gesellschaft würde ihre Firma in Berner Allgemeine Versicherungs-A.-G. abändern und neben Rückversicherungs- auch Direktversicherungsgeschäfte übernehmen.

Fusionen

Die handelsgerichtliche Eintragung der Kali-Industrie-A.-G. in Berlin, einer Gründung des Wintershallkonzerns, ist erfolgt. Von dem Kapital, das 100 Mill. M. Stamm- und 50 Mill. M. Vorzugsaktien umfaßt, hat Wintershall 73,2 Mill. Stamm- und die gesamten Vorzugsaktien (mit doppeltem Stimmrecht), die Dresdener Bank 25 Mill. Stammaktien übernommen.

Nach einer Schätzung der „Deutschen Bergwerkszeitung“ verfügte die Wintershallgruppe vor kurzem über etwa 400 Mill. M., die für Angliederungszwecke frei waren. Nunmehr ist auch schon der erste Schlag in dem Wettstreit der Kalikonzerne geführt: nach einem Drahtbericht der „Deutschen Börsenztg.“ vom 21. 1. hat Wintershall sich die Kuxenmehrheit der Gewerkschaft Glückauf-Sondershausen gesichert. Änderungen in der Selbständigkeit und Geschäftsleitung des Werkes sind zunächst nicht zu erwarten. Daß mit dieser Ausdehnung des Konzerns erst der Anfang einer Reihe von Neugruppierungen im Kali-bergbau gemacht ist, zeigt das hartnäckig auftretende Gerücht, daß eine Interessengemeinschaft zwischen den Deutschen Kaliwerken und den Oberschlesischen Kokswerken geplant sei. Man spricht bereits davon, daß dieser ersten ganz neuartigen Verbindung zwischen verschiedenen Kunstdüngergruppen bald andere folgen werden.

Die Hannoversche Maschinenfabrik-A.-G. erklärt, daß sie keine Veranlassung habe, mit den Linke-Hoffmann-Werken in Fühlung zu treten.

Wie die „Kölnische Zeitung“ berichtet, hat die Linke-Hofmann-Werke-A.-G. in Breslau die maßgebende Beteiligung an den Werdohler Stanz- und Dampfhammerwerken, Adolf Schlesinger, Kommanditgesellschaft, erworben. Letzteres Werk wird unter der bisherigen Leitung weitergeführt.

Die Falcon-Werke A.-G. (Metallwarenfabrik im Telluskonzern) in Frankfurt a. M. planen den Erwerb der Deutschen Munitionsfabrik Max Walbinger zu Oberramstadt.

Die neugegründete Firma Moderegger & Runge G. m. b. H. (Berlin-Charlottenburg) hat die Maschinenfabrik Mering (Me-

ring in Oberbayern) übernommen. Das Arbeitsgebiet der Firma ist die Herstellung von landwirtschaftlichen Spezialmaschinen.

In der außerordentlichen Generalversammlung der Aktien-Gesellschaft Körtings Elektrizitätswerke, Hannover, wurde die Erhöhung des Stammkapitals um 1,5 auf 6 Mill. *M.* beschlossen, in einer anschließenden Generalversammlung der Niedersachsenerwerke A.-G. in Lamspringe (Hannover) die Verdoppelung des bisherigen Aktienkapitals von 3 Mill. *M.* Diese 3 Mill. *M.* werden von der erstgenannten Gesellschaft übernommen, wahrscheinlich im Tausch gegen neue Aktien der Körtings-Elektrizitätswerke.

In den Konzern der Telefonfabrik A.-G. vorm J. Berliner in Hannover sind die Ertel-Werke A.-G. für Feinmechanik aufgenommen worden. Fabrikation und Absatz der bisherigen Erzeugnisse der Ertel-Werke bleibt diesen überlassen.

Wirtschaftslage

Zwei Dinge charakterisieren die Lage der Industrie im Vormonat: die Behinderung der Fabrikation durch ungünstige Transportverhältnisse und damit schlechte Versorgung mit Kohlen, zum Teil auch mit Rohstoffen, auf der anderen Seite die Verschlechterung der Absatzmöglichkeiten, hervorgerufen durch das Abflauen der Konjunktur sowohl auf dem Inlands- wie dem Auslandsmarkt. Der Konjunktumschwung wiederum beruht zum guten Teil auf der Besserung der deutschen Valuta im Laufe des Dezember. Vorläufig ist der Konjunkturrückgang nur beim Handel und besonders dem Einzelhandel empfindlich fühlbar geworden, während die Industrie in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle noch auf Monate hinaus mit Aufträgen versehen ist und hier nur das Fehlen von Neuaufträgen die Wandlung anzeigt.

Es erscheint verfrüht, die derzeitige Lage als den Beginn einer ausgedehnten Krise zu bezeichnen. Noch ist in keiner Weise zu übersehen, was das Frühjahr für den Weltmarkt bringen kann. J. M. Keynes hat in der Generalversammlung einer englischen Versicherungsanstalt ausgesprochen, daß die allmähliche Besserung der Wirtschaftslage, welche in den Vereinigten Staaten und besonders auch in England während der letzten Monate weniger festzustellen als vielmehr zu empfinden war — sie prägt sich mehr in optimistischen Äußerungen und besseren Aussichten als in zahlenmäßigen Ergebnissen aus — den Auftakt zu einer allgemein günstigeren Konjunktur darstelle. Er begründet diese Prognose mit dem Warenmangel, der tatsächlich bestehen muß, da die Produktionsziffern der letzten Zeit abnorm niedrig gewesen sind. — Immerhin ist für Deutschland eine Steigerung der Herstellungskosten vor auszusehen, die durch Erhöhung der Lebensmittelpreise, der Kohlenpreise und der Frachtsätze verursacht ist. Über den Umfang und die weiteren Auswirkungen läßt sich aber noch in keiner Weise Bestimmtes voraussagen, zumal der unberechenbare Dollarkurs noch immer die deutsche Konjunktur am stärksten beherrscht.

Wo im Dezember ein Rückgang in der industriellen Beschäftigung festzustellen war — es gilt das nur für vereinzelte Industriezweige und gewisse Einzelbetriebe — so lagen dessen Ursachen weniger im Fehlen von Aufträgen, sondern sie waren in der Mehrzahl der Fälle in der so ungünstigen Transportlage begründet, welche Stockungen in Kohlen- und Rohstoffversorgung und im Abtransport der Erzeugnisse mit sich brachte. Die schlechten Verkehrsverhältnisse beruhten einmal auf Wassermangel, verschärft durch die Frostperioden, in der Hauptsache aber, auf der aus den Vormonaten

übernommenen nun schon fast chronisch schlechten Verkehrslage der Eisenbahnen, die ihrerseits mit neuen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte: ungünstiger Witterung, die den Rangierbetrieb empfindlich verzögerte, Knappheit des Personals und, zum Monatsende, Teilstreiks.

Wenn sich auch die Kohlenförderung auf dem Stand der Vormonate hielt, so hat sich die Kohlenversorgung, insbesondere in Bayern und Sachsen, dadurch wesentlich verschlechtert, daß die böhmische Braunkohle sich durch das Steigen der tschechischen Krone derartig teuer stellte, daß die sie verarbeitenden Werke zum Rückgriff auf Inlandskohle gezwungen waren.

Die Industriezweige, welche besonders über schlechte Beschäftigung klagten, sind: Erzbergbau, Industrie chemischer Präparate, Superphosphatindustrie — hier trug überall die Verkehrslage schuld — und weiterhin Textilveredelung, Margarine- und Tabakindustrie, bei welchen tatsächlich ein Nachlassen des Absatzes bereits fühlbar in Erscheinung trat.

Andererseits war es einer Reihe von Industrien, so besonders der Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie, kaum möglich, den Anforderungen ihrer Abnehmer zu genügen. Unvermindert günstig war die Lage in fast allen Zweigen der Glas- und keramischen Industrie.

Nach dem Bericht des „Reichsarbeitsblattes“ vom 10. 1. 22, der sich auf den Zeitraum von Ende November bis zum 20. 12. erstreckt und gleichzeitig die Aussichten für die folgenden zwei Wochen mit berücksichtigt, seien hier einige Zahlen über den Beschäftigungsgrad in industriellen Betrieben gegeben. Insgesamt berichteten 1476 „typische Betriebe“ mit 1,26 Mill. Arbeitern und Angestellten, ihre Berichte enthalten auch die entsprechenden Angaben für den Vormonat. (Von diesen Novemberangaben sind jene zu unterscheiden, welche im vorhergehenden Bericht des Blattes enthalten waren und welche gestützt auf ein etwas anders zusammengesetztes Material, ihrerseits wieder auf „für November und Vormonat“ gleichzeitig erstatteten Berichten fußen.)

Von der Gesamtzahl der Beschäftigten entfallen (in Prozenten) auf:

	Gut (und sehr gut) beschäftigte Betriebe	Befriedigend beschäftigte Betriebe	Nicht befriedigend beschäftigte Betriebe
Dezember....	55	30	15
November...	50	32	18

Für die einzelnen Industrien sind die Zahlen:

Eisen- und Metallindustrie (der Bericht erstreckt sich auf 206 000 Beschäftigte):

Dezember....	56	11	33
November...	50	23	27

Maschinenindustrie (225 000 Beschäftigte):

Dezember....	55	32	13
November...	44	33	23

Elektrische Industrie (152 000 Beschäftigte):

Dezember....	15	81	4
November...	12	81	7

Spinnstoffgewerbe (140 000 Beschäftigte):

Dezember....	77	18	5
November...	—	—	—

Bekleidungsgewerbe (70 000 Beschäftigte):

Dezember....	75	20	5
November...	94	4	2

Daß diese Zahlen lediglich den Wert typischer Einzelangaben haben und nicht umfassende Übersichten geben, sei noch ausdrücklich betont.

England

Der Außenhandel im Jahre 1921

Die neu veröffentlichten Zahlen des britischen Außenhandels für 1921 zeigen auf den ersten Blick den unvermeidlich mit der fortschreitenden Depression des vergangenen Jahres verbundenen Rückgang in den Werten der Ein- und Ausfuhr, ein Rückgang, der weit über den Umfang der allgemeinen Preissenkung hinausgeht und darum ebenfalls eine Minderung der ein- und ausgeführten Warenmengen darstellt:

Wertziffern in 1000 £:

I. Klasse:		Einfuhr		Brit. Ausfuhr	
Nahrungsmittel, Getreide und Tabak		1920	1921	1920	1921
a) Getreide und Mehl...		231 636	138 085	2 773	3 904
b) Futtermittel		8 900	6 599	1 025	1 530
c) Fleisch		141 527	132 969	830	865
d) Schlachtvieh		—	2 804	14	45
e) Andere (nichtsteuerpf.) Nahrungsm. u. Getr. .		174 793	165 591	37 165	26 053
f) desgl. (zollpflichtig)...		174 030	98 384		
g) Tabak		34 920	22 814	9 129	5 061
Zusammen I. Klasse..		765 808	567 247	50 936	37 458
II. Klasse: Rohstoffe u. Halbfabrikate		Einfuhr		Brit. Ausfuhr	
a) Kohle		27	12 130	99 627	42 952
b) Andere nichtmetall. Minen u. Bergwerks-erzeugnisse usw.		9 670	6 329	2 403	1 153
c) Eisenerze u. Eisenabf.		20 797	5 072	626	229
d) And. Metallerze u. Metallabfälle		17 705	8 090	2 201	1 591
e) Holz		82 145	30 039	1 011	367
f) Baumwolle u. Baumwollabfälle		256 679	73 330	3 074	728
g) Wolle, Wollabfälle u. Wolllumpen		93 100	43 406	8 768	4 531
h) Seide		4 068	953	94	32
i) Andere Textilstoffe ..		32 720	9 874	634	617
j) Ölsaaten, Nüsse, Öle, Fette, Harze u. Gummi		82 157	38 196	13 538	6 051
k) Felle und Häute		31 967	10 925	4 034	1 291
l) Material für Papier-herstellung		33 250	13 855	2 510	819
m) Kautschuk		26 730	10 498	521	120
n) Verschied. d. Klasse II		19 340	8 479	6 472	3 078
Zusammen II. Klasse..		710 356	271 176	145 516	63 559
III. Klasse: Fertigfabrikate und bearbeitete Artikel		Einfuhr		Brit. Ausfuhr	
a) Koks und Briketts ...		11	242	20 692	3 428
b) Töpferwaren, Glas usw.		11 113	7 014	18 291	12 080
c) Eisen, Stahl u. Waren daraus		29 017	22 887	128 907	62 772
d) Metalle (ohne Eisen) u. W. daraus		39 133	18 468	25 782	11 734
e) Schmiedewaren, Instrumente und Werkzeuge		10 604	6 658	13 596	8 954
f) Elektr. Waren u. Apparate		1 826	1 931	11 601	13 065
g) Maschinen u. Maschinenteile		19 954	10 785	63 432	74 630
h) Waren aus Holz		8 631	4 922	2 831	1 806
i) Baumwollgarne u. Bwaren		9 820	5 891	401 420	178 710
j) Wollene Garne u. Waren		17 688	7 694	134 859	55 104
k) Seide und Seidewaren		36 909	19 327	5 194	2 283
l) Waren aus and. Textilrohstoffen		23 116	8 194	45 009	18 538
m) Konfektionswaren		15 024	9 601	48 863	18 392
n) Chemikalien, Farbstoffe, Medikamente u. Farben		34 329	12 682	40 536	19 057

	Einfuhr		Brit. Ausfuhr	
	1920	1921	1920	1921
o) Öle, Fette, Harze (ver- arbeiter)	76 853	56 589	13 626	5 230
p) Leder u. Lederwaren . . .	20 445	8 667	11 665	4 761
q) Papier und Pappe. . . .	30 244	11 601	12 810	7 736
r) Wsgen, einschl. Lo- komobile, Schiffe, Luftfahrzeuge	27 222	6 907	60 098	57 611
s) Kautschukwaren	7 1 3	4 930	1 520	4 662
t) Verschied. d Klasse III	34 398	20 155	49 005	27 109
Zusammen III. Klasse.	453 440	245 046	1 119 740	558 6c5
IV. Klasse:				
Tiere (kein Schlachtvieh)	402	394	4 806	3 449
V. Klasse: Paketpost (nichtzollpflicht. Waren)	2 644	2 826	13 472	10 066
Gesamtsumme	1 932 649	1 086 688	1 334 469	703 196

Unter Berücksichtigung der Preisveränderungen zeigen diese Zahlen an, wie die Depression auf den britischen Warenverkehr gewirkt hat. Die Einfuhr der Lebensmittel ist sich etwa gleich geblieben, während Rohstoffeinfuhr und Fertigwarenausfuhr sehr stark abgenommen haben. Folgende Tabellen zeigen diese Bewegung noch deutlicher, da sie hinsichtlich einiger der bedeutendsten Waren die Mengen selbst nebeneinander stellen:

Importe (je 1 Million)		1913	1920	1921
Rohbaumwolle	centals	21 74	18,97	11,73
Schafwolle	"	8,01	8,73	7,61
Flachs, Hanf, Jute	tons	0 60	0 38	0 18
Kautschuk	centals	1,57	2 48	1,90
Roheisen (Schmiede- u. Guß)	tons	0,05	0,05	0,41
Exporte		1913	1920	1921
Kohle	tons	73,40	24,93	24,63
Eisen, Stahl und Waren daraus	"	4,97	3,25	1,70
Textilmaschinen	"	0 18	0,06	0,16
Maschinen insgesamt	"	0,69	0,46	0,51
Baumwollgarn	lbs	210,10	147,43	145,90

Am auffallendsten erscheint die Bewegung der Steinkohlenausfuhr. Sie steht mit 12 Mill. £ weit über dem letzten Friedenssatz von 36 700 £ 1913, und noch weiter über dem Tiefstand von 400 £ für 1918 — eine Folge des unglücklichen dreimonatigen Kohlenstreiks. Der Anteil der Kohle an der Ausfuhr ist der Menge nach dem Vorjahr annähernd gleich geblieben (allerdings nur $\frac{1}{2}$ der Friedensausfuhr!), während die Wertzahlen mit einer Abnahme um 56,9 % den Durchschnittssatz von 47,3 % ziemlich weit überschreiten. Hierfür liegt die Erklärung u. a. in dem Wandel der Preispolitik der Regierung. Die in den ersten Monaten des Jahres fortgesetzte Politik, die Preise der Exportkohle ziemlich stark über den inländischen Preisen zu halten, scheiterte an dem Erscheinen der amerikanischen Kohle auf dem europäischen Kohlenmarkt. Im Verlauf des Februar sah sich schließlich die Regierung genötigt, die Kohlenkontrolle ganz aufzuheben.

Der Rückgang der Eisen- und Stahlwarenxporte kann zu einem Teil der belgischen und auch der deutschen Schleuderkonkurrenz zugeschrieben werden. Beide Länder arbeiten heute mit langen Lieferfristen, während die britische Eisen- und Stahlindustrie lahm liegt.

Von größerem Interesse ist auch die starke Ausfuhr von Textilmaschinen. Britisch-Ostindien erhält hiervon mit 60 276 t (gegenüber 50 437 t in 1913) weitaus den größten Anteil; Frankreich mit 24 383 t und Japan mit 22 531 t als nächststarke Abnehmer stehen weit dahinter zurück. Ein ernstes Zukunftsbild für die britische Textilindustrie scheint sich hier anzudeuten; der indische und japanische Versuch, eine eigene

Textilindustrie aufzubauen, droht mit dem Verlust wichtiger Absatzgebiete, und der Boykott englischer Textilwaren in Kalkutta, der Besuch der japanischen Kommission in Manchester, stehen damit in engem Zusammenhang.

Der Einfuhrüberschuß hat gegenüber dem Vorjahr um fast 100 Mill. £, also um etwa 26,3 % abgenommen.

Passivsaldo und Handelsbilanz (in 1000 £):

	1920	1921	Unterschied (+)	in 100 £	in %
Gesamteinfuhr.....	1 932 649	1 086 687	-855 962	-43,7	
Britische Ausfuhr.....	1 334 469	703 196	-631 273	-47,3	
Wiederausfuhr.....	222 753	107 052	-115 701	-51,8	
Gesamtausfuhr.....	1 557 223	810 248	-746 974	-47,9	
Einfuhrüberschuß..	375 426	276 439	-98 987	-26,3	

Doch steht er immer noch über dem Importüberschuß von 1913 mit 133,9 Mill. £. Er wurde z. T. wettgemacht durch die Edelmetallausfuhr, die jedoch bei weitem nicht den Überschuß des Jahres 1920 erzielt hat.

in 1000 £	Gold		Silber	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
1920	50 673	92 565	9 923	11 493
1921	49 676	59 348	10 283	12 046

Der Goldausfuhrüberschuß erreichte 1921 nur 9,6 Mill. £ gegenüber 41,8 Mill. £ in 1920; wie er sich im neuen Jahr entwickeln wird bei dem jetzigen Streik der südafrikanischen Minenarbeiter, ist noch gar nicht zu übersehen.

Die übrigen Komponenten der britischen Zahlungsbilanz lassen sich vorläufig noch nicht abschätzen, lehnt doch selbst das Board of Trade heute noch ein Urteil darüber ab, wie weit die Ertragnisse der englischen Schifffahrt und der englische Kapitalexport sich dem Wareneinfuhrüberschuß gegenüber verhalten. Wenn man jedoch aus der Lage des Devisenmarkts, aus der erheblich günstigeren Stellung des £-Kurses am Jahresende 1921 gegenüber 1920 auf die Zahlungsbilanz schließen will, so scheint die Entwicklung durchaus nicht ungünstig für England gewesen zu sein.

Dr. M. Molch

Rußland

Die außenpolitische Lage der Sowjetrepublik zu Beginn der Wiederaufbauverhandlungen I — Die Orientpolitik der Sowjetregierung und der Gegensatz zu England

Rußlands Wiedereintritt in die Weltwirtschaft hat sich bereits im Laufe des letzten Jahres vollzogen; mit der Aufforderung auf der Konferenz von Genua vertreten zu sein, dürfte nun auch der politisch-diplomatische Boykott sein Ende gefunden haben, der über den Sowjetstaat verhängt war. Die russische Regierung hat die Einladung des Obersten Rates bereitwillig und bedingungslos angenommen; sie bedarf der wirtschaftlichen und finanziellen Hilfe zu sehr, um nicht jede Gelegenheit zu begrüßen, endlich mit den Verhandlungen über den Wiederaufbau Rußlands beginnen zu können. Ihre außenpolitische Stellung ist jedoch so stark, daß sie nicht als Bittsteller in Genua zu erscheinen gewillt ist; so schlimm die wirtschaftliche Lage des Staates der Sowjets auch ist, — man versteht im Osten zu darben und sich an alles zu gewöhnen, was das Leben mit sich bringt: man kann und wird also warten, wenn die Bedingungen der Konferenz den russischen Vertretern nicht zusagen. Denn Tschitscherin verfügt über politische Trümpe, die gegebenenfalls wohl nicht ohne einige Wirkung ausgespielt werden könnten; die Partie ist nicht so ungleich, wie es in Anbetracht des wirtschaftlichen Ruins Rußlands scheinen könnte. Dies gilt besonders in bezug auf das Verhältnis Rußlands zum bedeutsamsten Faktor von Genua, d. h. zu England. Rußlands Beziehungen zum britischen Weltreich sind vorläufig noch nicht geklärt. Der Handelsvertrag hat die auf ihn gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt; wenngleich England auch an erster Stelle in der Einfuhr Rußlands steht, so hat man sich in London doch sehr viel mehr vom Handel mit dem Osten Europas versprochen gehabt. Es gab seit Abschluß dieser Vereinbarungen mancherlei Verstimmungen auf beiden Seiten; von russischen Vertragsbrüchen war mehr als einmal die Rede, — deroch war man englischerseits jedoch sehr vorsichtig und verzichtete auf jedes rigorosere Druckmittel. Rußlands Stellung in Asien ist stärker denn je. Was die zaristische Regierung jahrhundertlang mit Hilfe aller Mittel brutaler Machtpolitik nicht erreichen konnte, ist dem Sowjetstaat dank der Verbindung von Machtmitteln mit einer geistigen Propaganda ohne gleichen gelungen: Moskaus Politik dominiert in Mittelasien und mobilisiert die Völker gegen seine bisherigen Beherrscher. Die Worte eines Russen zu Ende des vorigen Jahrhunderts: „Die Flügel des russischen Adlers sind zu weit über

Asien ausgebreitet, um den leisesten Zweifel daran zu lassen: in unserer organischen Verbindung mit allen diesen Ländern liegt das Unterpfand für unsere Zukunft, in welcher das asiatische Rußland einfach ganz Asien bedeuten wird. Die Russen sind im Grunde Orientalen — sobald nun Rußland und der Osten in Berührung kommen, so verschmelzen sie durch einen Prozeß natürlicher Art“ — haben heute größere Berechtigung denn je. Es liegt ein wohl-durchdachtes System in der russischen Orientpolitik, über die Tschitscherin kürzlich in der „Prawda“ eingehend berichten ließ: Kommunistische Agitatoren, geschult in den z. T. wissenschaftlichen Instituten Rußlands, werden zu allen Völkern Asiens gesandt, predigen dort den Nationalismus und die Befreiung von den Fremden; ihnen folgen Agenten, die Beziehungen zu den politischen und religiösen Gruppen suchen, Parteien kommunistischer Art gründen, jedoch ausschließlich die Interessen der Völker vertreten, zu denen sie gesandt werden; ihnen folgen erst dann die politischen Vertreter der Sowjets, die zuerst Rußlands Verzicht auf alle Vorrechte aussprechen und sogar die Zurücknahme der russischen Truppen veranlassen, um dann erst Verhandlungen über Bündnisverträge, die in Mittelasien gegen England gerichtet sind, einleiten. Wo es möglich war, gründete man selbständige Sowjetstaaten, die allerdings sehr bald — wie im Kaukasus — in den Staatsverband Rußlands aufgenommen wurden und auf ihre Unabhängigkeit verzichten mußten. So stellte Sowjetrußland nicht nur im wesentlichen die asiatischen Grenzen von 1914 her, sondern verband sich auch mit den meisten Nachbarländern des Ostens, — die Ziele des „asiatischen Bolschewismus“ immer weiter steckend. Von einer sozialen Revolution ist dabei immer seltener die Rede, wohl aber von einer Einigung der Völker Asiens mit der Front gegen England und Japan. Einen wirtschaftlichen Einfluß auszuüben ist Rußland natürlich zurzeit fast gar nicht mehr in der Lage; die Sowjetregierung hat deshalb nichts dagegen, daß Deutschland z. B. seine früheren Handelsbeziehungen wieder aufnimmt und über Rußland nach Mittelasien leitet. (Da jetzt auch die Alliierten deutschen Schiffen die Durchfahrt durch die Dardanellen und den Bosphorus von Fall zu Fall zu gestatten bereit sind, so kann gehofft werden, daß unser Orienthandel bald wieder aufgenommen werden kann.)

Bekämpfen läßt sich der bolschewistische Einfluß auf die Asiaten noch schwerer wie derjenige auf die europäischen Kommunisten; es ist verständlich, daß man in London infolgedessen alles versucht, um sich mit Moskau zu verständigen, so lange Asien noch nicht in Flammen steht. Der Sowjetregierung ist es gelungen, nicht nur in Kleinasien, Arabien und Ägypten, sondern auch in Persien, Afghanistan, Tibet, Chinesisch-Turkestan wie in China, der Mongolei und Korea Propagandastellen zu schaffen, die der doppelten Aufgabe dienen, Asien zu revolutionieren, gegen das britische Imperium einzunehmen und zu Bündnissen mit Moskau reif zu machen. Politisch verzichtet Sowjetrußland auf eine Reihe der Vorrechte, die das Zarenreich sich ertrotzt hatte; diese Konzessionen haben die Russen populär gemacht und selbst mit ihren früheren Erbfeinden, den Türken, ausgesöhnt. Am 16. 3. v. J. wurde in Moskau ein Vertrag mit der Angoraregierung unterzeichnet, demzufolge wohl Batum bei Sowjet-Georgien verblieb, Kars, Ardaghan und Artwin jedoch den Türken zugesprochen wurde. Am 13. 10. vorigen Jahres kam ein weiterer Vertrag zwischen den kaukasischen Sowjetrepubliken und der Türkei zustande, der alle alten Streitigkeiten zwischen Georgien, Armenien und Aserbeidschan und der Türkei zur beiderseitigen Zufriedenheit regelte. Gegenwärtig verhandelt die Sowjet-Ukraine mit den Türken, — der Boden für ein enges Bündnis ist bereitet, gegenseitige militärische Hilfe erwogen, und, wenn vielleicht auch nur vorübergehend, von der Sowjetregierung den Angoratürken erteilt worden. Mit Persien sind die Beziehungen noch enger; das ganze Land ist mit einem Propagandanez überzogen; die Iranische kommunistische Partei ist zu einem maßgebenden Faktor in Persien geworden. Die unter englischem Einfluß stehende Regierung Sepachdars wurde gewaltsam gestürzt; das neue Kabinett Sia Ed Dine annullierte den englisch-persischen Vertrag und ersetzte ihn durch ein sehr viel weitgehendes sowjetrussisch-persisches Abkommen. Die englischen Truppen mußten Südpersien räumen. Als Sia Ed Dine Versuche machte, sich England wieder zu nähern, wurde auch er gestürzt und durch das durchaus russisch orientierte Kabinett Gabam Es Saltane ersetzt, welches die englischen Instruktoren und Finanzräte zum Verlassen des Landes zwang, sich allerdings aber auch weiteren kommunistischen Bestrebungen widersetzte und die lokale Sowjetregierung in Giljan beseitigte. Dem russisch-persischen Freundschaftsvertrag wurde vom persischen Parlament am 15. 12. v. J. zugestimmt: Rußlands Vorherrschaft ist in Persien zur Tatsache geworden. Nunmehr versuchen die Engländer, Persisch-Kurdestan vom Perserstaate loszureißen. Die Idee eines ethnographischen Kurdenstaates wird von Sir Percy Cox lebhaft gefördert: 2,7 Mill. Kurden in Mesopotamien und Kurdistan sollen mit 1,5 Mill. Schiiten (Perser?), 86 500 Juden und 78 700 Fremden zu einem eigenen Staatsgebilde — unter englischem Protektorat zusammengefügt, werden. Die englische Politik greift also hier das Nationalitätenprinzip — bisher von Moskau als schärfste Waffe gegen England in Asien propagiert — auf, um es zum eigenen Vorteil auszunutzen und die alte Politik der „Desintegration“ Persiens mit neuen Mitteln durchzuführen. An der südlichen Peripherie, im persischen Golfe, gelang es den Engländern zu bleiben und hier die Lage zu beherrschen, — das übrige Persien ist wohl von Räuberbanden, die in englischem Solde stehen, heimgesucht, politisch jedoch frei von britischen Einflüssen. Die englandfeindliche Stimmung, die gleichermaßen in Persien wie in Chiwa und Buchara — heute wiederum Vasallenstaaten Rußlands mit Sowjetinstitutionen — herrschen soll, eint die verschiedenen Schichten und Stämme, frißt sich immer tiefer in Mittelasien ein und hat längst schon nach Indien übergegriffen. Das

persische Volk erlebt eine nationale, stark mit religiösen Faktoren verbundene Erneuerung, die vielleicht noch lange keine positiven, den Staat kräftigende Folgen haben wird, es jedoch immun macht gegen englische Bestechungsversuche und Korruptionsbemühungen. Die persische Presse bedeutete kürzlich den Engländern einstimmig, nicht der Rubel sei es, der Persien umschaffe, sondern die Idee der Unabhängigkeit, — die 130 000 £, die neuerlich zur Schaffung eines englischen Protektorates verausgabt wurden, seien unnütz vertan.

Auch in Afghanistan hat der englische Einfluß eine starke Einbuße erlitten. Es gelang der englischen Mission von Henry Dobbs nicht, die Ratifizierung des im Februar v. J. geschlossenen Vertrages zwischen Sowjetrußland und der Regierung des Emirs zu verhindern. Selbst die verlangte Zusage, die aufständische Bewegung in Indien nicht mehr zu unterstützen, wurde nicht erteilt. Nach Eintreffen des offiziellen Sowjetvertreters Raskolnikow verließ die englische Mission von Dobbs im September unverrichteter Dinge das Land. Die englische Diplomatie gab sich jedoch mit diesem Mißerfolge nicht zufrieden, verdoppelte ihre Bemühungen und erzielte schließlich eine Verständigung, die im englisch-afghanischen Vertrage vom 22. 11. v. J. in 14 Artikeln präzisiert wurde. Beide Staaten erkennen ihre innere und äußere Unabhängigkeit bedingungslos an und behandeln die Gesandten und Konsuln in gleicher Weise wie Vertreter dritter Mächte. Weitergehende politische Ziele lassen sich auf Grund dieses Vertrages schwerlich verfolgen; die mit Sowjetrußland eingegangenen Bindungen scheinen weitreichender zu sein. Ausdrücklich hat die afghanische Regierung für sich das Recht in Anspruch genommen, Waffen durch Indien erhalten zu können, „solange die Absichten der afghanischen Regierung als freundliche anzusehen sind“.

Auch mit China ist die Sowjetregierung in nähere Beziehungen getreten; China erkannte nach erfolgreichen Verhandlungen die Handelsdelegation Rußlands in Peking an und scheint nicht abgeneigt, die russische Vermittlung im Streite mit der Mongolei zu einer weiteren Annäherung und einem Ausgleich der Interessen zu benutzen. Welche Bedeutung man in Moskau den Verhandlungen mit China beimißt, kann in der Tatsache erblickt werden, daß kein geringerer als Joffe, der Vertreter Rußlands in Brest, nach Peking entsandt worden ist.

In der Mongolei gelang es der Sowjetregierung, durch bolschewistische Streitkräfte die mit Baron Ungern-Sternberg zusammenhängende „Weiße“ Regierung zu beseitigen, die Truppen des tapferen Generals zu schlagen und ihn selbst gefangen zu nehmen. Seitdem ist die Mongolei de facto ein zur sowjetrussischen Einflußsphäre gehörendes Staatswesen.

Sowjetrußlands Stellung im Norden und dem fernen Osten Asiens ist weit schwieriger zu übersehen. Bis zum Baikalsee ist die Sowjetherrschaft heute unbestritten; das Gebiet der „Republik des fernen Ostens“ ist jedoch von japanischen Truppen besetzt; die gesamte Küste des Stillen Ozeans ist tatsächlich im Besitze Japans. Ebenso hat Japan den (nördlichen) russischen Teil der Insel Sachalin besetzt. Die bolschewistische Presse behauptet, Japan suche einen Bürgerkrieg in der Republik zu entfachen und heße alle Bevölkerungsgruppen, die der Regierung feindlich gesinnt seien, auf, sie zu bekämpfen. Die „Republik des fernen Ostens“ betrachtet sich als selbständiges Glied des großen Sowjetrußland, wenn sie auch nicht als rein kommunistisch bezeichnet werden kann. In Wladiwostok gibt es außerdem noch eine antibolschewistische Regierung unter Leitung Merkulows, die von den Japanern unterstützt wird und kürzlich Chabarowsk am Amur mit Hilfe japanischer Truppen besetzt hat. Japan verfolgt eine

konsequent antibolschewistische Politik, wohl aber nicht so sehr um des „Bolschewismus“ willen, — der im fernsten Osten, wie in Asien, ein anderes Gesicht wie in Europa hat und keineswegs eine rein soziale Bewegung darstellt, sondern nationalistisch-religiöse Tendenzen aufweist, — sondern weil die Sowjetrepubliken alle großrussische Politik treiben, die Vereinigung Rußlands anstreben und die Befreiung der russischen Territorien von den Japanern verlangen. Japan ist heute wiederum der Feind der Sibirier, da diese wohl eine weitgehende Autonomie, aber keine Loslösung von Rußland wollen. Japan aber will ohne Zweifel sein Protektorat über Sibirien bis zum Baikal ausdehnen und wird daher nicht nur die Sowjets, sondern wohl jede Moskauer Regierung bekämpfen. Um gegen die Japaner etwas ausrichten zu können, sucht man daher von Moskau aus China diplomatisch zu beeinflussen, gleichzeitig jedoch die bolschewistisch-nationalistische Propaganda über Nordchina in die Mandschurei und nach Korea hineinzuleiten.

Die Sowjetregierung kann auf Grund ihrer politischen

Stellung in Asien auf die englische Politik manchen Druck ausüben und in der Schulden- wie Wiederaufbaufrage auf Entgegenkommen rechnen, wenn sie dafür in Asien auf die britischen Interessen Rücksicht nimmt. Ihren Gegensatz zu Japan dürfte sie gleichfalls auszuwerten versuchen, da England und Amerika wohl schwerlich geneigt sein dürften, den zukunftsreichen fernen Osten dem Volke des Mikado ohne weiteres zu überlassen. Wenn Sinowjews phantastisches Ziel, die Weltrevolution von Asien aus einzuleiten, wohl eine Utopie bleiben dürfte, — so hat sich die Sowjetregierung doch in Asien politische Mittel geschaffen, die ihre Stellung bei der großen Auseinandersetzung in Genua als eine sehr viel günstigere erscheinen lassen, als ihre wirtschaftliche Lage und völliges aufs Auslands Angewiesensein dies erwarten ließen. Die asiatischen Interessen Großbritanniens dürften schwerer wiegen, wie manche europäischen Probleme — was für alle an der Kontinenz beteiligten Staaten Europas, nicht zum mindesten für Deutschland, wohl zu bedenken sein wird.

Dr. Hans von Eckardt

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

Hamburg

	Parität	18. 1.	19. 1.	20. 1.	21. 1.	23. 1.	24. 1.
	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.
Wien.....100 K neu.	85,-	53 ³ / ₄ — 63 ³ / ₄	51 ¹ / ₂ — 61 ¹ / ₂	53 ³ / ₄ — 63 ³ / ₄	51 ¹ / ₂ — 61 ¹ / ₂	51 ¹ / ₂ — 61 ¹ / ₂	51 ¹ / ₂ — 61 ¹ / ₄
Budapest...100 K.....	85,-	23 ³ / ₄ — 27	25 ¹ / ₄ — 26 ³ / ₄	27 ³ / ₄ — 28 ³ / ₄	29 — 30	28 ³ / ₄ — 30 ³ / ₄	28 ³ / ₄ — 29 ³ / ₄
Prag.....100 K.....	85,-	317 — 324	321 — 328	331 — 342	345 ¹ / ₂ — 354 ¹ / ₂	369 — 386	408 — 429 ¹ / ₂
Amsterdam.100 fl.....	168,75	6940 — 7017 ¹ / ₂	6955 — 7080	7207 ¹ / ₂ — 7267 ¹ / ₂	7245 — 7305	7370 — 7480	7645 — 7830
Kopenhagen 100 Kr.....	112,50	3755 — 3825	3785 — 3840	3950 — 3990	3980 — 4020	4045 — 4115	4195 — 4305
Stockholm...100 Kr.....	112,50	4670 — 4705	4695 — 4785	4875 — 4930	4945 — 5015	5055 — 5105	5220 — 5305
Kristiania...100 Kr.....	112,50	2945 — 2995	2965 — 3025	3085 — 3130	3110 — 3135	3165 — 3225	3285 — 3380
Helsingfors.100 F.M.....	81,-	348 — 357	350 — 362	358 — 367	363 — 373	370 — 381	388 — 402
Zürich.....100 fr.....	81,-	3645 — 3695	3685 — 3750	3805 — 3880	3890 — 3925	3955 — 3970	4075 — 4180
Madrid.....100 Pesetas	81,-	2820 — £8-0	2820 — 2885	2920 — 2980	2950 — 3000	3020 — 3070	3120 — 3205
Rom.....100 Lire.....	81,-	820 — 837 ¹ / ₂	828 ¹ / ₂ — 840	860 — 870	852 ¹ / ₂ — 872 ¹ / ₂	877 — 902 ¹ / ₂	914 ¹ / ₂ — 937 ¹ / ₂
Brüssel.....100 fr.....	81,-	1487 ¹ / ₂ — 1497 ¹ / ₂	1487 ¹ / ₂ — 1525	1532 ¹ / ₂ — 1555	1537 ¹ / ₂ — 1562 ¹ / ₂	1567 ¹ / ₂ — 1592 ¹ / ₂	1622 ¹ / ₂ — 1647 ¹ / ₂
Paris.....100 f.....	81,-	1540 — 1557 ¹ / ₂	1547 ¹ / ₂ — 1577 ¹ / ₂	1600 — 1637 ¹ / ₂	1607 ¹ / ₂ — 1632 ¹ / ₂	1637 ¹ / ₂ — 1667 ¹ / ₂	1677 ¹ / ₂ — 1727 ¹ / ₂
London.....1 £.....	20,45	794 ¹ / ₂ — 804 ¹ / ₂	800 ¹ / ₂ — 812 ¹ / ₂	830 ¹ / ₂ — 839	836 — 845 ¹ / ₂	857 ¹ / ₂ — 865	887 — 905 ¹ / ₂
New York...1 \$.....	4,21	189 ¹ / ₄ — 190 ¹ / ₂	189 ¹ / ₂ — 192	196 ¹ / ₄ — 199 ¹ / ₄	194 ³ / ₄ — 201 ¹ / ₄	203 ¹ / ₄ — 205	209 ³ / ₄ — 215 ¹ / ₄
Buenos Aires 1 Peso P.	0,85	62 — 65	63 — 68	65 — 68	66 — 69	69 — 71	70 — 75
Rio de Janeiro. 1 Milreis	1,36	22 — 25	23 — 26	23 — 26	—	25 — 27 ¹ / ₂	26 — 29

	Parität	Berlin	Wien	Amsterd.	Kopenh.	Stockh.	Zürich	Paris	London	New York
	M.	M.	K	fl	Kr	Kr	fr	fr	1)	2)
Berlin.....100 M.....	100,-	—	5 097,-	1,34	2,40	1,90	2,37 ¹ / ₂	5,81	870,50	0,47 ³ / ₄
Wien.....100 K neu.	85,-	5,50	—	0,08	—	—	0,15	—	14 500,-*	—
Budapest...100 K.....	85,-	29,-	—	—	—	—	0,72 ¹ / ₂	—	2 900,-*	—
Prag.....100 K.....	85,-	422,-	19 497,-	—	—	—	10,05	—	210,-*	1,79 ² / ₂
Agram.....100 Dinare	81,-	—	13 170,-	—	—	—	170,-	—	305,-*	—
Amsterdam.100 fl.....	168,75	7800,-	379 950,-	—	182,25	146,25	187,-	450,75	11,60 ¹ / ₄	36,20
Kopenhagen 100 Kr.....	112,50	423,-	208 975,-	55,15	—	80,50	103,-	—	21,06 ¹ / ₂	19,95 ² / ₂
Stockholm...100 Kr.....	112,50	5 273,50	—	6,55	124,75	—	128,-	—	16,91 ¹ / ₂	24,83 ² / ₂
Kristiania...100 Kr.....	112,50	3830,-	—	43,10	78,50	63,10	81,-	—	26,91 ¹ / ₂ *	15,60 ² / ₂
Helsingfors.100 F.M.....	81,-	405,-	—	—	9,45	7,60	—	—	227,50*	—
Zürich.....100 fr.....	81,-	4 125,-	202 975,-	53,65	97,35	78,25	—	240,75	21,66	19,40
Madrid.....100 Pesetas	81,-	3155,-	—	41,10	—	—	77,-	181,50	28,21	14,92
Rom.....100 Lire.....	81,-	925,-	43 390,-	11,90	—	—	22,40	54,-	96,62	4,38
Brüssel.....100 fr.....	81,-	1625,-	—	21,15	38,75	31,-	39,80	95,87	54,59 ¹ / ₂	7,50
Paris.....100 fr.....	81,-	1710,-	83 480,-	22,02 ¹ / ₂	40,20	32,25	41,20	—	52,47 ¹ / ₂	8,04
London.....1 £.....	20,43	895,50	43 790,-	11,59 ¹ / ₂	21,05	16,93	21,68	52,22	4,21	4,21 ¹ / ₂
New York...1 \$.....	4,20	210,-	9 998,-	2,75 ¹ / ₂	5,01	4,02	5,14 ¹ / ₂	12,37	43,94*	—
Buenos Aires 1 Peso P.	0,85	72,75	—	—	—	—	170,-	—	—	—

1) Die Notierungen in London werden angegeben in ausländischen Einheiten für 1 £.

*) Notierung vom 21. 1.

2) Notierung vom 20. 1.

Rio de Janeiro. 21. 1.: 1 Milr. = 24,39 M

Valparaiso..... 21. 1.: 1 Peso = 17,39 M

Buenos Aires.. 21. 1.: 1 argent. Goldpeso = 151,- M

Mexico..... 21. 1.: 1 mex. Goldpeso = 95,- M

Wertstand in Hundertteilen des Friedensstandes:

	Amsterd.	Kopenh.	Stockh.	Zürich	New York
	23. 1.	24. 1.	24. 1.	24. 1.	23. 1.
Reichsmark.....	2,26	2,70	2,14	1,92	2,02
Dt. österr. Krone..	0,16	—	—	0,14	—
Französ. Frank....	45,89	55,82	44,79	41,20	41,70
Pfund Sterling....	95,75	115,91	93,23	85,96	86,55
Dollar.....	110,64	134,32	107,77	99,32	—

Entwertungszahl*)

	Amsterd.	Kopenh.	Stockh.	Zürich	New York
	24. 1.	24. 1.	24. 1.	24. 1.	24. 1.
Deutschland 24. 1.	46,22	37,60	46,88	50,93	50,-
Österreich.. 23. 1.	1918,9	1695,5	—	2131,4	2021,9
Frankreich.. 24. 1.	2,16	—	—	2,41	2,39
England.... 23. 1.	1,04	0,86 ¹ / ₂	1,07 ¹ / ₂	1,16	1,16
Ver. Staaten. 23. 1.	0,90	0,74 ² / ₂	0,93 ² / ₂	1,01	—

*) Die Entwertungszahl gibt an, das Wievielfache des Friedenskurses einer Auslandswährung ihr gegenwärtiger Kurs beträgt. 1) Kurs v. 21. 1. 2) Kurs v. 20. 1.

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	Pari	14. 1.	21. 1.
Alexandrien, £:	97 $\frac{1}{2}$ Pst	97 $\frac{1}{2}$ Pst	97 $\frac{1}{2}$ Pst.
Bombay Rup.:	24 d	1 s 3 $\frac{3}{4}$ —8 d	1 s 3 $\frac{3}{4}$ —8 d
Hongkong, \$:	—	2 s 7—8 d	2 s 7—7 $\frac{1}{2}$ d
Schanghai, Tael:	—	3 s 6 d	3 s 5 $\frac{1}{2}$ —7 d
Singapore, \$:	—	2 s 3 $\frac{3}{4}$ —8 d	2 s 3 $\frac{3}{4}$ —8 d
Yokohama, Yen	24,58 d	2 s 2 $\frac{1}{2}$ —3 d	2 s 3—3 $\frac{1}{2}$ d
Montev. T.T., \$:	51 d	41—41 $\frac{1}{2}$ d	41 $\frac{1}{2}$ —8 d
Rio de Jan., Mil.:	27 d	7 $\frac{3}{4}$ d	—
Buen. Air. T.T., \$:	47,58 d	43—43 $\frac{1}{2}$ d	43 $\frac{1}{2}$ —44 d
Valpar. 90 T., £:	13 $\frac{1}{2}$ P-sos	44,00 \$	45 \$
Mexiko, \$:	24,58 d	28 $\frac{1}{2}$ d	27 $\frac{1}{2}$ —29 $\frac{1}{2}$ d

Diskontsätze

letzte Änderung

Helsingfors... 9 %	8. 11. 20	Bukarest	6 %	4. 9. 20
Tokio	8. 11. 19	Prag	5 $\frac{1}{2}$ „	16. 8. 21
Lissabon	7 „	Kopenhagen ..	5 $\frac{1}{2}$ „	5. 11. 21
Kalkutta	7 „	Paris	5 $\frac{1}{2}$ „	28. 7. 21
Wien	7 „	Stockholm	5 $\frac{1}{2}$ „	19. 10. 21
Warschau	7 „	Berlin	5 „	23. 12. 14
Kristiania	6 $\frac{1}{2}$ „	London	5 „	3. 11. 21
Sofia	6 $\frac{1}{2}$ „	Brüssel	5 „	19. 5. 21
Athen	6 $\frac{1}{2}$ „	New York F.R.B.	4 $\frac{1}{2}$ „	2. 11. 21
Rom	6 „	Amsterdam ..	4 $\frac{1}{2}$ „	1. 7. 15
Madrid	6 „	Schweiz	4 „	11. 8. 21

Geldmarkts-Sätze

Berlin: Offizielle Notierungen erfolgen nicht. Nach den Börsenberichten der „Berliner Börsen-Zeitung“ ist tägliches Geld seit längerer Zeit unverändert zu 4 $\frac{1}{2}$ % leicht zu haben.

London:	30 12 21	31 12 21	4. 1.	6. 1.	11. 1.	13. 1.
tägliches Geld.....	3 $\frac{1}{2}$ —4 $\frac{1}{2}$	5—5 $\frac{1}{2}$	2—3	1 $\frac{1}{2}$ —3	3	3—3 $\frac{1}{2}$
Privat-Diskont (bank bills, bankers drafts).....	3 $\frac{5}{8}$	3 $\frac{1}{2}$ —3 $\frac{3}{4}$	3 $\frac{1}{2}$ —5 $\frac{3}{8}$	3 $\frac{1}{2}$	3 $\frac{3}{8}$	3 $\frac{3}{8}$ —3 $\frac{7}{16}$
(Dreimonatswechsel)						
Handelswechsel (trade bills) (drei Monate)	4 $\frac{1}{2}$ —5	4 $\frac{1}{2}$ —5	4 $\frac{1}{2}$ —5	—	4 $\frac{1}{2}$ —5	4 $\frac{1}{2}$ —5
tägliches Geld.....	14. 1.	16. 1.	17. 1.	18. 1.	19. 1.	20. 1.
Privat-Diskont (Dreimonatswechsel)	11 $\frac{1}{2}$ —3	3	3—4	3—4	3—3 $\frac{1}{2}$	3—3 $\frac{1}{2}$
Handelswechsel (drei Monate)	3 $\frac{5}{8}$ —8 $\frac{3}{4}$	3 $\frac{3}{4}$	3 $\frac{3}{4}$ —7 $\frac{3}{8}$	3 $\frac{3}{4}$ —7 $\frac{3}{8}$	3 $\frac{3}{4}$	3 $\frac{3}{4}$
	4 $\frac{1}{2}$ —5	4 $\frac{1}{2}$ —5	4 $\frac{1}{2}$ —5	—	4 $\frac{1}{2}$ —5	4 $\frac{1}{2}$ —5

New York	29. 12. 21	5. 1. 22	12. 1.	19. 1.	20. 1.
tägliches Geld.....	5	5	3 $\frac{1}{2}$	4 $\frac{1}{2}$	5
Bankwechsel FRB fähig					
Mitglieder (3 Monatswechsel)	4 $\frac{1}{4}$	4 $\frac{1}{4}$	4	4	
Nichtmitglieder	4 $\frac{1}{2}$	4 $\frac{1}{2}$	4 $\frac{3}{8}$	4 $\frac{3}{8}$	
(3 Monatswechsel)					
Handelswechsel (3 Monate)	5	5	5	4 $\frac{3}{4}$	

Ein Vorbericht der „Sparkasse“ gibt für 22 Stadt-, Kreis- und Landessparkassen im Dezember Mehreinzahlungen in Höhe von 106,3 Mill. an — gegenüber 24,2 im Dezember 1921. Die außerordentlich große Zahl wird auf die Ende des Monats erfolgte Gutschrift der Gehälter, aber auch auf das Abflauen der Konjunktur mit zurückgeführt.

Das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung veröffentlicht Zahlen für 1920. Die Versicherungssummen betragen: (in Millard. M.) 1920 1919 (in Millard. M.) 1920 1919

Lebensvers.	27,67	20,23	Sturm-Wasserlei-	13,31	9,65
Unfallversichg.	0,15		tungsschäden vers.	69,69	44,59
Haftpflichtvers.	0,13		Einbruch	1,66	0,935
Viehversicherung	8,1	3,4	Glas	19,23	2,76
Hagelversicherung ..	10,9	4,8	Aufbruch		
Feuerversichg.	497,49	267,51			

Indexzahlen für Dezember und Anfang Januar

Reichsindexziffer für Basis	Nov. 21	Dez. 21	Jan. 22
Lebenshaltungs-			
kosten	1913=100	1397	1550
Davon: Ernährungs-			
ausgaben		1914	2088
Großhandelsindex des			
Stat. Reichsamtes ..	1913=100	3416	3487
Davon: Lebensmittel			
u. Kolonialwaren ..		3303	3229
Häute u. Leder		6077	4054
Textilien		6518	6158
Metalle		5123	4 79
Kohle, Eisen		2380	3293
Inlandwaren		2967	3170
Auslandwaren		5662	5071
Großhandelsindex der			
Frankfurter Zeitung	Jan. 1920=100	249	303
	Mitte 1914=100	2798	3404
Englischer Groß-			
handelsindex	1913=100	202,6	198
Amerikanischer			
Waren-Index	Jan. 1920=100	51	52

Die Indexzahlen des Statist. Reichsamtes gelten für den Monatsdurchschnitt, die übrigen für den Monatsanfang.

Schifffahrt und Schiffbau

England

Neuer englischer Schiffsraum für den Auswandererverkehr nach Kanada. Bei der Beschränkung der Einwanderung durch die Vereinigten Staaten ist es als wahrscheinlich anzunehmen, daß der nach Kanada gerichtete Strom europäischer Auswanderer stark anschwellen wird. Jedenfalls sind die im Verkehr Europa-Kanada beschäftigten Schifffahrtlinien bemüht, die sich ihnen bietenden günstigen Gewinnaussichten durch Indienststellung neuer geeigneter Schiffe auszunutzen. So beabsichtigt die White Star Line den Dienst auf ihrer zwischen Liverpool und Halifax laufenden „White Star-Dominion Line“ demnächst durch einige neue Dampfer zu einem wöchentlichen auszugestalten. Die Cunard Line läßt für ihren Kanada-Dienst ihre „A“-Dampfer bauen und die Canadian Pacific konnte dieser Tage den neuen Dampfer Montcalm für seine erste Überfahrt abfertigen. Der letztgenannte Dampfer ist 16 200 Br. R. T. groß und hat Einrichtungen für 542 Kajütpassagiere und 1268 Passagiere dritter Klasse. A. K.

Die britischen Schifffahrtsgesellschaften mit mehr als 50 000 Br. R. T. (einschl. Neubauten). Von den britischen Reedereien verfügten am 1. 1. d. J. die in der nachstehenden Liste aufgeführten 57 über einen Schiffspark (einschließlich Neubauten) von je 50 000 Br. R. T. und darüber. Während des vergangenen

Jahres hat sich ihre Zahl nur um einige wenige Firmen vermindert. Ausgeschieden sind die Western Countis, die in finanzielle Schwierigkeiten gerieten und ihre Flotte von 94 679 Br. R. T. verkaufen mußten, die Bay Steamship Co., die mit ihren 70 111 Br. R. T. in französische Hände übergegangen ist und eine dritte Reederei.

Eine Reihe der aufgeführten Gesellschaften ist durch Finanzinteressen und durch Personal-Union der leitenden Männer zu mehreren großen Interessengemeinschaften mit sehr beträchtlichen Schiffsbeständen verbunden. Als die wichtigsten dieser Konzerne seien genannt:

1. P. & O.-Konzern. Er besteht jetzt aus folgenden Linien:	
P. & O.	564 585 Br. R. T.
British India Co.	967 219 „
New Zealand Shipping Co.	150 650 „
Hain Steamship Co.	260 705 „
Orient Steam Navigation Co.	95 628 „
	2 038 787 Br. R. T.

Der Konzern kontrolliert außerdem die Union Steamship Co. of New Zealand und die General Steam Navigation Co.

2. Royal-Mail-Konzern. Ihm gehören folgende Gesellschaften an:

Royal Mail	359 177 Br. R. T.
Lampart & Holt	354 076 "
Elder, Dempster & Co.	428 796 "
Union Castle	361 192 "
Pacific Steam Navigation Co.	232 704 "
Nelson Lines	79 058 "
	1 815 003 Br. R. T.

3. White-Star-Gruppe, zur International Mercantile Marine Co. (Morgan-Trust) gehörig, mit folgenden Linien:

White Star Line	493 334 Br. R. T.
Leyland Line (einschl. Dominion Line)	289 416 "
Atlantic Transport Co.	109 515 "
International Navigation Co.	83 252 "
Shaw, Savill & Albion	203 274 "
Aberdeen Line	62 500 "
	1 241 291 Br. R. T.

4. Cunard-Konzern. Ihm sind folgende Linien angeschlossen:

Cunard Line	473 132 Br. R. T.
Anchor Line	166 051 "
Commonwealth Dominion Line	224 066 "
Brocklebank Line	190 209 "
Donaldson Line	123 071 "
	1 176 529 Br. R. T.

5. Ellerman-Konzern. Er setzt sich wie folgt zu-

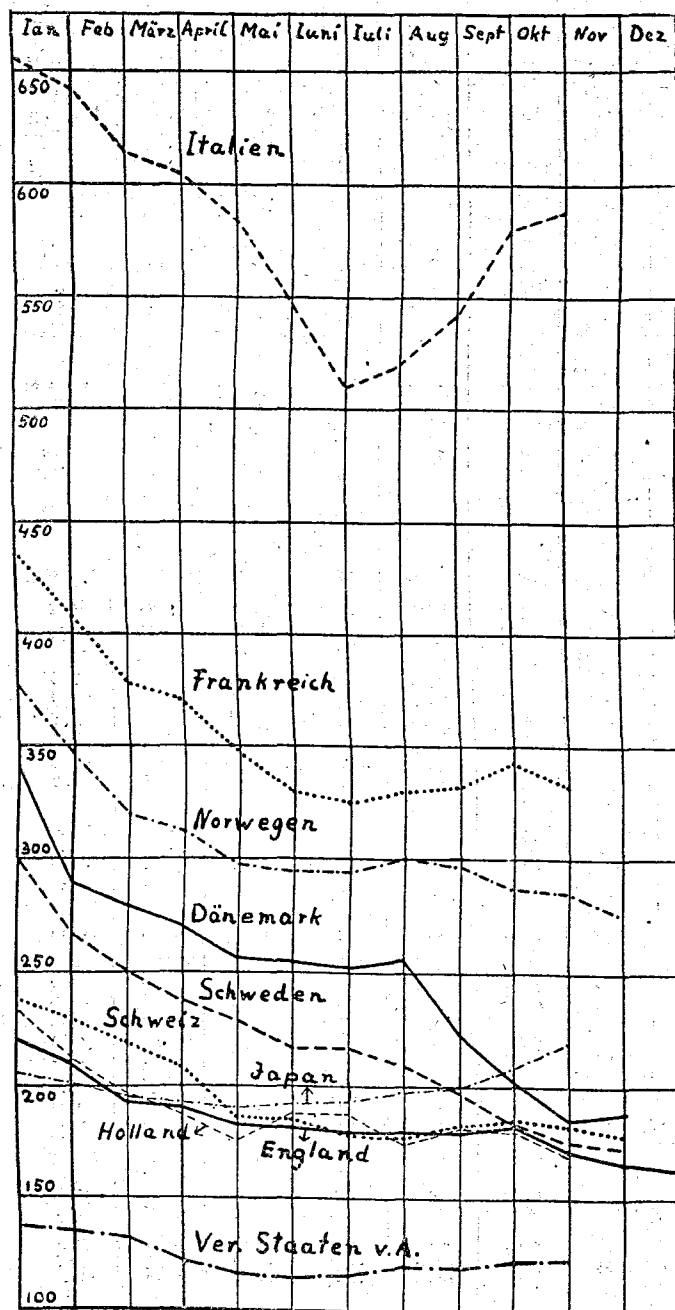
Ellerman Lines (einschl. Bucknall's)	794 350 Br. R. T.
Ellerman's Wilson Line	211 662 "
Ellerman's City Line	171 466 "
	1 177 478 Br. R. T.

Die einzelnen Linien dieser Gruppen arbeiten im allgemeinen selbständig; sie sind, wie bereits erwähnt, lediglich Finanzgemeinschaften.

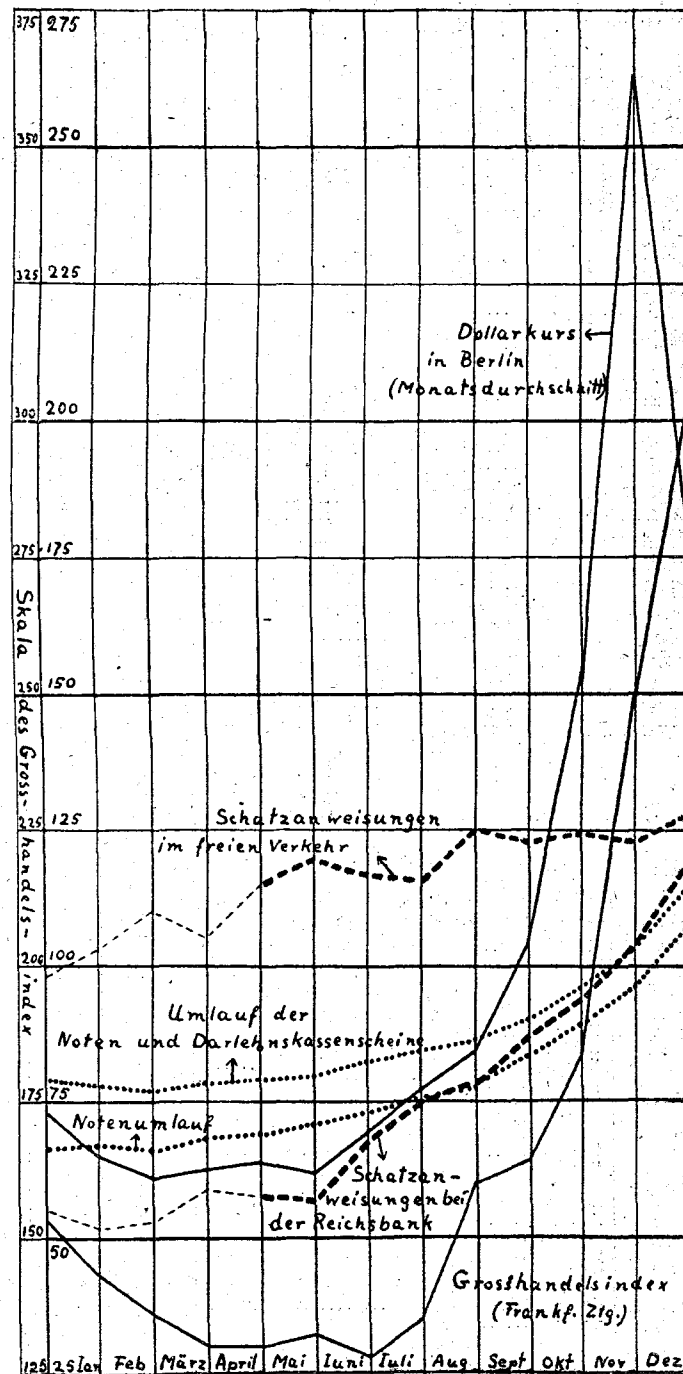
Fortsetzung s. S. 75

Wirtschafts-Kurven

Großhandels-Indexzahlen



Deutsche Reichsbank *)



*) Der Betrag der Noten, Darlehenskassenscheine und Schatzanweisungen ist in Milliarden Mark, der des Dollarkurses in Mark angegeben. Der Großhandelsindex zeigt den Stand der Preise verglichen mit 1. Januar 1920 gleich 100 an.

Weltmarktpreise

Ware	Börse	Handelsübliche Form	3. 1. 22	5. 1. 22	7. 1. 22	10. 1. 22	12. 1. 22	14. 1. 22	17. 1. 22	19. 1. 22	21. 1. 22	23. 1. 22
Kolonialwaren												
Kaffee	Hamburg	Santos M. je 1/2 kg loko unverz.	22,50 - 23,50	23,24	—	23,24	—	23 - 24 50	—	24,50 25,50	—	26 50-24 50
"	New York	loko cts je lb	9,31	9,12	9,12	9,06	9,06	9,06	9,06	9,06	9,06	9,06
"	"	März	8,62	8,45	8,60	8,62	8,41	8,45	8,45	8,45	8,45	8,45
"	"	Mai	8,45	8,30	8,43	8,45	8,27	8,36	8,42	8,32	8,43	8,44
"	"	Juli	8,42	8,21	8,35	8,38	8,20	8,30	8,24	8,24	8,34	8,36
"	"	Sept.	8,42	8,22	8,35	8,37	8,20	8,30	8,24	8,24	8,34	8,36
"	"	Dezbr.	8,50	8,22	8,31	8,33	8,17	8,27	8,21	8,19	8,19	8,19
Kakao	Hamburg	Accra M. je kg	—	—	42,6 43	43	—	—	—	—	42/-	43/-
Zucker	Hamburg	Jan. unverz. a. Freihafen je kg	10 - 11	11,60	11,50	9,80	10,50	10,40	11,50	11 - 12	11 - 12,15	11,20
"	New York	Centr. cts je lb	3,42	3,39-3,45	2,39-3,44	3,54	3,54	3,61	3,54	3,75	3,79	3,79
Reis	Hamburg	Burma loko M. je kg	—	—	310,30	10,50	10,75	10,90	—	11,50	12,50	12,75
"	London	Rangoon Nr. 2 s je cwt	—	—	—	15/-	13/-	14/-	—	14/-	—	—
Getreide												
Weizen	Berlin	loko M. je 50 kg	380 - 383	382 - 385	382 - 385	375	375 - 377	374 - 376	375 - 376	381 - 384	378 - 394	402 - 406
"	Hamburg	" 50	380 - 385	383 - 388	370 - 378	375 385	376 - 380	376 - 380	380 - 385	381 - 387	405 - 415	405 410
"	New York	Red Winter cts je bushel	119	121,50	123,50	120,50	122,50	122,50	124,-	126,25	128	127,75
"	"	hard Winter " "	118	120,50	122,50	119,50	123 25	122,50	1,4,-	126,25	128	127,75
"	Chicago	Juli cts je bushel	100	101,25	101,87	98,25	99,25	100,25	100,37	102,75	—	102
Mais	Hamburg	La Plata M. je 10 kg	3-0	320 - 325	340	345	345	330	355	340,-	360	308
"	New York	loko cts je bushel	61,50	62,50	63,25	63,50	63,50	63,50	63,75	64,25	64,50	64 25
"	Chicago	Juli	52,-	53,62	55,12	54,37	54,37	54,37	—	55,50	—	55,37
Hafer	Berlin	loko Märkischer M. je 50 kg.	286 - 290	291 - 297	289 - 293	280 - 284	280 - 282	281 - 284	283 - 284	282 - 286	288 - 295	302 - 305
"	Hamburg	" M. je 50 kg.	285 - 290	294 - 298	290 - 295	278 - 282	278 - 282	275 285	282 - 292	282 - 298	302 312	310 - 315
"	Chicago	Mai cts je bushel	37,25	38,25	39,12	37,87	38,37	38,37	38,62	39,12	39,12	39,25
Roggen	Berlin	loko M. je 50 kg.	306 - 309	307 - 312	305 - 306	300	300 295	296 - 300	305 308	306 - 308	312 - 316	320 - 321
"	Hamburg	" "	308 - 314	310 - 315	302 - 308	302 - 307	302 - 307	303 306	305 308	312 - 318	323 - 328	323 - 328
"	Chicago	Juli cts je bushel	76,75	77	77,12	76	75	76,-	76,75	78,25	—	80,-
Gerste	Hamburg	Sommer-Gerste M. je 50 kg.	350 - 360	365 - 370	365 - 370	320 - 345	340 - 345	350 - 360	340 - 345	340 - 345	370 - 375	370 375
"	"	Marokko, Tunis " "	325 - 330	330 - 340	—	310 - 315	340 - 345	335 - 340	310 - 345	—	—	350 - 355
"	Berlin	" "	362 - 375	365 - 377	365 - 370	355 - 365	355 - 365	355 - 360	355 - 360	355 - 356	358 - 368	370 - 375
Oele, Oelfrüchte, Oelsaaten												
Baumwollsaatöl	New York	loko cts.	8,20	8,32	8,42	—	8,35	8,35	8,50	8,55	—	—
Rainkernöl	Hamburg	M. je kg netto	30	—	32	—	30	30	30	—	30	32
Kokosöl	"	" " "	35	35	35	35	33	32	—	—	33	35
Leinöl	"	" " "	25	27	27	27	27	27	—	—	27	28
"	Hull	loko s.	27 1/2	27 3/4	28 1/4	29 1/4	28 1/2	28 3/4	28 3/4	28 3/4	29	29
Raps	Berlin	M. je 50 kg.	570 - 580	580 - 590	620 - 640	625 - 640	623 - 640	625 - 640	625 - 640	650 - 680	690 - 700	700 - 730
Fleisch, Fette												
Speck	Chicago	niedr u. höchst. cts je lb	7,25 - 8,25	7,25 8,25	7,25 8,25	7,50 - 8,50	7,62 - 8,62	7,75 - 8,75	8 - 9	8,37 - 9,25	8,50 - 9,50	8,75 - 9,50
Schweinefl.	"	Januar cts je lb	14,80	15	15,10	15,40	15,50	16,10	16,10	16,10	17,-	—
Schmalz	Hamburg	am. s. eam lard M. 100 kg	—	—	24	—	—	24 1/4	—	25	—	25 1/4
"	"	verzollt M. je kg netto	—	—	48	—	—	49	—	52	—	54
"	New York	" "	9,60	9,67 1/2	9,6 1/2	9,90	10,02	10,02	10,32	10,42	10,65	10,75
"	Chicago	Januar cts je lb	8,60	8,67 1/2	8,8 1/2	8,90	9,02	9,12	9,32	9,42	9,65	9,75
Talg	Hamburg	M. je kg	—	—	—	—	32	32	33	33	33,-	—
"	New York	loko cts je lb	6,25	6,25	6,25	6,50	6,50	6,50	6,50	6,25	6,25	6,25
Butter	Berlin	beste M. je 1/2 kg	39	—	42	42	—	—	—	—	45	—
Faserstoffe												
Baumwolle	Bremen	loko Anfang/Schluß M. je kg.	80,30-88,60	90,50	85,10-85,40	78,70	80,20-80,-	78,90	80,-	81,70	87,-	88,20-89,10
"	Liverpool	d je lb	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
"	"	Januar	—	10,97	10,89	10,93	10,97	10,58	10,24	10,29	10,34	10,25
"	"	Februar	—	10,94	10,86	10,88	10,61	10,50	10,18	10,14	10,31	—
"	"	März	—	10,91	10,84	10,88	10,61	10,51	10,18	10,15	10,32	10,22
"	"	Ägypten Jan.	—	20,65	19,45	20,65	18,70	18,50	17,15	—	17,30	—
"	New York	loko cts je lb	18,65	18,75	18,75	18,35	18,25	18,30	18,05	18,05	17,75	17,75
"	"	Januar	18,33	18,45	18,42	18,03	17,95	18,-	17,75	17,75	17,75	17,43
"	"	Februar	18,27	18,30	18,31	18,02	17,90	17,92	17,60	17,75	17,72	17,45
"	"	März	18,21	18,30	18,26	18,-	17,88	17,90	17,56	17,7	17,70	17,42
"	"	April	17,90	18,01	17,98	17,80	17,63	17,65	17,34	17,56	17,35	17,22
"	"	Mai	17,75	17,86	17,84	17,65	17,48	17,53	17,23	17,41	17,34	17,03
"	New Orleans	loko	—	17,25	17,25	17,-	16,75	16,75	16,50	16,75	16,75	16,50
Kautschuk, Terpentin												
"	London	Crepe s/d je lb	11 3/8	—	—	10 1/4	10 1/4	10 1/8	10	— 9 1/4	9 7/8	—
"	"	Sheets	11 1/8	—	—	10 3/4	10 1/4	10 1/8	10	— 9 1/4	9 7/8	—
Terpentin	New York	—	82,-	86,-	90,50	92,-	92,-	90,50	90	90,-	90,-	93 79
"	Savannah	—	75,50	80,-	83,50	84,50	84,50	83,25	83,-	83,50	84,-	85
Mineralische Erzeugnisse, Metalle												
Petroleum	New York	loko cts je gall.	18,50	18,50	18,50	17,50	17,50	17,50	17,50	17,50	17,50	17,50
"	"	Tanks	8,-	8,50	8,-	7,-	7,-	7,-	7,-	7,-	7,-	7,-
"	"	Stand. white	15,-	15,-	15,-	14,-	14,-	14,-	14,-	14,-	14,-	14,-
"	"	Credit balances	3,50	3,50	3,50	3,25	3,25	3,25	3,25	3,25	3,25	3,25
Eisen	"	loko S je ton	20,50	20,50	20,50	20,50	20,50	20,50	20,50	20,50	20,50	22,50
Kupfer	Hamburg	—	59,-	61,-	58,-	58,50-50,-	—	56,62	57,25	57,25	58,25	—
"	London	Kasse £ je ton	66,-	66,-	65 1/8	65 1/8	65 1/8	65 1/2	65 1/2	65 1/2	65	65 1/4
"	New York	elektr. loko cts je lb	13,87	13,87	13,87	13,87	13,87	13,87	13,87	13,87	13,87	13,87
Blei	Hamburg	ab Hg. M. je kg	20,37 1/2	21,62	20 1/2	18,- 18,75	—	20,-	20,25	20,25	20,55	22 7/8-23
"	London	Kasse £ je ton	24 3/8	24 1/2	24 1/2	25 1/4	24 1/4	24 1/8	23 7/8	—	—	—
"	New York	loko cts je lb	4,75	4,75	4,75	4,75	4,75	4,75	4,75	4,75	4,75	4,75
Zink	Hamburg	M. je kg	21,75	23,-	20,65	19,50-19,75	—	21,25	21,62	21,50	21,87	—
"	London	£ je ton	27 3/8	27 3/8	27 1/8	26 3/4-27 1/8	26 1/2	26 - 27	26 1/2	26 1/2	26 1/2	26-28 1/4
"	New York	loko cts je lb	4,92	4,92	4,90	4,82	—	4,80	—	4,77	—	4,72
Zinn	Hamburg	Banca Straits M. je kg.	137,-	142,-	134	123-126	129,-	137,-	132,-	135,50	137,75	—
"	London	Kasse £ je ton	168 3/8	167 1/4	167 1/8	165 1/4	167 1/8	166 3/8	163,50	163,87	162 7/5	158 7/8
"	New York	loko cts je lb	32,75	32,-	32,50	32,97 1/2	33,12	33,12	32,-	32,37	32,25	31,87
Silber	Berlin	M. je kg	—	—	33,7 - 36,25	—	—	—	—	—	—	—
"	London	loko d je oz	34 1/2	34 1/8	34 1/4	35 1/2	35 1/8	35 3/8	35 1/8	34 7/8	34 3/8	34 1/8
"	New York	ausländisch cts je oz	64,12	64 25	61,87	64,75	64,25	65,12	65,87	65,37	64,75	64,87
"	"	inländisch cts je oz	99,12	99,62	99,62	99,62	99,62	99,62	99,62	99,62	99,62	99,62
Gold	Hamburg/Berlin	M. je kg	—	—	131 000	—	—	—	—	—	—	—
"	London	s je oz	97 9	98 4	—	97 2	97 3	—	97 7	98 0	—	—

Die 57 Gesellschaften (s. nächstes Heft) haben zurzeit zusammen 178 Schiffe mit 1 487 088 Br. R. T. im Bau. Zu Anfang des vergangenen Jahres betrug diese Bautonnage 2 480 861 Br. R. T., sie ist nahezu um eine Million Br. R. T. zurückgegangen. Die größte Bautonnage hat zurzeit die Cunard Line, für die zehn Schiffe mit 172 920 Br. R. T. auf Stapel liegen. Ihr folgen die P. & O., die Ellerman Lines, die White Star Line und die British India mit je 120—125 000 Br. R. T. Neutonnage.

Der Durchschnittsraumgehalt der im Bau befindlichen Schiffe stellt sich auf 8354 Br. R. T. gegen 7750 zu Anfang des vergangenen Jahres. Schon aus dieser hohen Durchschnittstonnage ist erkenntlich, daß es sich bei den im Bau befindlichen Schiffen zumeist um Liniendampfer, nicht um Trampschiffe handelt. Die Zahl der über 10 000 Br. R. T. messenden Neubauten ist verhältnismäßig groß. Durchschnittlich haben die Neubauten der White Star Line einen Raumgehalt von ca. 31 000 Br. R. T., die der Cunard Line von 17 000 Br. R. T., die der P. & O., der Canadian Pacific und der Anchor Line von ca. 16 000 Br. R. T.

Bemerkenswert ist, daß sich in der Liste auch eine staatliche Reederei befindet, die der australischen Regierung gehörige Commonwealth Government Line mit einer Tonnage von 256 453 Br. R. T., davon 78 500 Br. R. T. im Bau.

Ein Vergleich des heutigen Schiffsbestandes der Linien mit dem Vorkriegsbestand zeigt, daß nahezu alle größeren Gesellschaften bereits wieder über mehr Schiffe und eine größere Tonnage verfügen, als sie vor dem Kriege besaßen. Stark vergrößert gegenüber dem Vorkriegsumfange haben sich insbesondere die Flotten der Cunard Line, der British India, der Furness Line, der Ellerman Lines, der Anglo-Saxon Petroleum Co. und der Hain Steamship Co.

A. K.

Schiffsvermessung und Tonnengelder. In der englischen Schifffahrtspresse wird neuerdings des öfteren darauf hingewiesen, daß eine Revision des Schiffsvermessungsverfahrens sowie der bisher auf dem Nettoraumgehalt der Schiffe basierenden Tonnageabgabentarife zur Notwendigkeit geworden sei, da die zurzeit in Kraft befindlichen Bestimmungen und Methoden veraltet wären und sich den mit modernen Antriebsmaschinen ausgerüsteten Schiffstypen nachteilig erwiesen. Diese Fragen müßten Gegenstand einer internationalen Konferenz werden. Wie sehr die Reeder an einer solchen Revision interessiert seien, gehe aus der Tatsache hervor, daß auf der internationalen Reederkonferenz im Herbst des vergangenen Jahres bereits ein Komitee zur Untersuchung solcher und ähnlicher Fragen eingesetzt worden sei.

A. K.

Belgien

Neue 26 000-Tonnen-Dampfer der Red Star Line. Die Red Star Line beabsichtigt im Sommer dieses Jahres ihren zurzeit bei Harland & Wolff, Belfast, in Umbau befindlichen Dampfer „Belgenland“ in Fahrt zu setzen. Das Schiff, das 670 Fuß lang und 78 Fuß breit ist und einen Bruttoreumgehalt von 26 500 R. T. hat, sollte ursprünglich 1915 in die Passagierfahrt eingestellt werden, wurde dann aber wie die übrigen Red-Star-Dampfer zur Beförderung von amerikanischen Truppen nach Europa benutzt und nach Beendigung des Krieges zur Wiederherstellung für den transatlantischen Passagierdienst nach Belfast gebracht. Ein ebenfalls in Großbritannien in Bau befindliches Schwesterschiff wird voraussichtlich Ende dieses Jahres abgeliefert werden. Die beiden Dampfer werden die größten Schiffe sein, die von Antwerpen fahren.

A. K.

Vereinigte Staaten

Das amerikanische Schiffsamt versucht den Anteil seiner Schiffe an der Baumwollfahrt durch niedrige Frachtraten zu steigern. Nachdem das Schiffsamt erst kürzlich die Frachtraten der Regierungsschiffe in der Fahrt Nordamerika-Westafrika für gewisse Güter um die Hälfte ermäßigt hat, sind jetzt auch die Frachtraten für Baumwollladungen von Golfhäfen nach Liverpool für amerikanische Regierungsschiffe um 7½ % niedriger als die der in dieser Fahrt tätigen britischen Schiffe festgesetzt worden. Es soll durch diese Maßnahme versucht werden, den Anteil des amerikanischen Schiffsraums in dieser Fahrt, der bisher nur etwa 10 % betrug, zu vergrößern. Sowohl von Galveston wie von New Orleans wird künftig regelmäßig alle 14 Tage ein Regierungsdampfer abgefertigt werden. Der Fahrplan soll pünktlich eingehalten werden und es werden nur Schiffe in diesen Dienst eingestellt, die für die Baumwollfahrt besonders geeignet sind.

Den Regierungsschiffen war die Konkurrenz bisher durch die höheren Prämien erschwert, die die Versicherungsgesellschaften für Verschiffungen mit ihnen von den Verladern forderten. Durch die niedrigen Frachten ist dieser Nachteil ausgeglichen.

A. K.

Die Einwanderung in die Vereinigten Staaten für 14 Nationen bis 1. Juli 1922 geschlossen. Nach den Mitteilungen des Bureau of Immigration sind mit Abschluß des Jahres 1921 die Einwanderungs-Höchstquoten für folgende Herkunftsländer erreicht: Afrika, Atlantische Inseln, Griechenland, Ungarn, Jugoslawien, übriges Asien, übriges Europa, Palästina, Polen, Portugal, Neu-Seeland, Spanien, Syrien, Türkei und Smyrna.

Für die sechs Monate bis Mitte 1922 kommt eine größere Einwanderung nur noch aus folgenden Herkunftsländern in Betracht:

Zahl der bis 1.7.22 noch zuzulassend. Einwanderer	Zahl der bis 1.7.22 noch zuzulassend. Einwanderer
Österreich 4 725	Niederlande 2 097
Tschecho-Slowakei 2 496	Norwegen 9 268
Finnland 2 167	Rumänien 1 240
Dänemark 2 725	Rußland 19 132
Frankreich 2 185	Schweden 14 784
Deutschland 57 894	Schweiz 1 471
Italien 3 330	Großbritannien 50 622

A. K.

Etwa 100 amerikanische Schiffe erhalten Beschäftigung in der Lebensmittelfahrt nach Rußland. Der amerikanische Kongreß hat den Präsidenten ermächtigt, für 20 Mill. \$ Lebensmittel (Getreide, kondensierte Milch, Saatkorn usw.) anzukaufen und nach Rußland verschifft zu lassen. Der Transport soll ausschließlich durch Schiffe unter amerikanischer Flagge ausgeführt werden und zwar sowohl durch Schiffe der Privatreederei wie durch Regierungsschiffe. Trotzdem die Zulassung fremder Flaggen zu diesen Verschiffungen die Transportkosten vermutlich erheblich verbilligt hätte, hat man sich doch zu dieser Bestimmung entschlossen im Hinblick auf die große Zahl der zurzeit beschäftigungslosen amerikanischen Seeleute. Sobald die vom Präsidenten mit dem Ankauf der Lebensmittel beauftragte U. St. Grain Corporation ihre Abschlüsse erledigt hat, wird der New Yorker Chartering Executive des Shipping Board die Reedereien auffordern, ihre Schiffe für den Transport zur Verfügung zu stellen. Man nimmt an, daß in den nächsten drei Monaten etwa 100 Schiffe von durchschnittlich je 6000 Tonnen Tragfähigkeit für die Verschiffungen gebraucht werden und daß manche der jetzt aufliegenden Schiffe dadurch Gelegenheit zu erneuter Tätigkeit erhalten.

A. K.

Nur noch 43 Shipping Board Operators. Die Zahl der mit Regierungsschiffen arbeitenden amerikanischen Reedereien betrug am 1. 1. 22 nur noch 43. Von den stählernen Schiffen des Schiffsamtes sind zurzeit weniger als der vierte Teil in Fahrt.

Das Amt hat neuerdings auch die Zahl seiner managing agents in der Südamerikafahrt von acht auf zwei verringert und seine Schiffe von folgenden auf diesem Verkehrsgebiet bisher tätigen Reedereifirmen zurückgezogen: Kerr Steamship Co., Ward Line, Moore & Mc. Cormack, Barber Steamship Co., Oriental Navigation Corp. und New York & Argentine S. S. Co.

Als active operators sind in der Südamerikafahrt künftig nur noch beschäftigt: die Munson Line und die International Freight Corporation. Die Munson Line verwendet hier u. a. zwei der neuen 535-Fuß-Passagierdampfer, während die letztgenannte Gesellschaft lediglich mit Frachtdampfern arbeitet.

A. K.

Inhalt seit Dezember 1921

Aufsätze

1921		
Nr. 48	Anmerkungen zur Lage	Kurt Singer
	Organisationsfragen der deutschen	
	Müllerei	Erwin Topf
Nr. 49	Huldermanns Ballin-Buch	Kurt Singer
	Die Krisis der Reparation	Alfred Schmidt-Essen

	China und Washington	F. W. Mohr
Nr. 50	Die Denkschrift der britischen Industrie	* * *
	Die große Lüge I	Ludw. Ollendorff
Nr. 51	Die Kohlenlage	Alfred Schmidt-Essen
	Die große Lüge II	Ludw. Ollendorff
	Frankreichs Finanzlage	Hans v. Eckardt

- Nr. 52 Aus dem Bericht der Handelskammer Hamburg Kurt Singer
Zur Lage
- 1922
- Nr. 1 Zahlen und Zeichen K. S.
Völkerrecht oder französisches A. Mendelssohn-Recht? I Bartholdy
Die Rechtsprechung des französisch-deutschen gemischten Schiedsgerichtshofs in Elsaß-Lothringen-Sachen
Frankreichs Außenhandel H. v. E.
Nr. 2 Die Arbeitnehmer-Aktien der Firma Alfred Schmidt-Krupp Essen
Völkerrecht oder französisches A. Mendelssohn-Recht? II Bartholdy
Die Rechtsprechung des französisch-deutschen gemischten Schiedsgerichtshofs in Elsaß-Lothringen-Sachen
Nr. 3 Das neue Buch von Keynes Ed. Rosenbaum
Zur Lage Kurt Singer
Die Bodenpolitik im Hafengebiet Hamburgs Dr. Kurt Enoch
Nr. 4 Staats- und Wirtschaftskalender E. T.
Die deutsche Eisenindustrie in der Weltwirtschaft Alfred Schmidt-Essen
Zu den Ursachen des Preisrückganges auf dem Weltmarkt Kuno Waltemath
Deutsche Steuer-Rundschau Erwin Wiske-mann

Länderberichte

Ägypten und Sudan

- 1921 Nr. 48: Die unterbrochenen anglo-ägyptischen Verhandlungen — Einigung der nationalistischen Gruppen — Besserung der Wirtschaftslage in Ägypten — Aus dem englischen Amtsbericht über Sudans Wirtschaftslage in 1920.

Chile

- 1921 Nr. 49: Wirtschaftliche Rundschau über das dritte Vierteljahr 1921.

China

- 1922 Nr. 3: Der Sturm auf die Staatsbanken eine politische Mache?

Deutschland

- 1921 Nr. 49: Der Außenhandel Juni bis September 1921.
Nr. 52: Die Beschäftigung der Industrie im November.
1922 Nr. 2: Der Außenhandel im Oktober und November 1921.
Nr. 3: Politik und Tagesereignisse — Staatswirtschaft Industrie, Banken, Handel — Fusionen.
Nr. 4: Chronik der Staats- und Privatwirtschaft.

Deutsch-Österreich

- 1922 Nr. 3: Beseitigung der Lebensmittelzuschüsse — Devisenhausse und Teuerung — Untaugliche neue Steuern — Anmeldung des Devisenbesitzes — Aufhebung des freien Devisenverkehrs — Neue Devisenhausse.

Dänemark

- 1921 Nr. 51: Das Defizit im Staatshaushalt — Wandlung der Steuer- und Zollpolitik — Unterstützung der Industrie, aber kein Anti-Dumping-Gesetz — Landwirtschaft und sinkende Lebensmittelpreise — Valutastand.

England

- 1921 Nr. 49: Richtung des Außenhandels — Denkschrift der „Federation of British Industries“.
Nr. 52: Das Abkommen mit Irland — Irland als Dominion — Irlands Handel mit England — Die wirtschaftliche Verknüpfung Ulsters mit dem übrigen Irland.
1922 Nr. 3: Jahresübersichten: Geldmarkt, Kapitalmarkt, Abrechnungsverkehr, Wechselkurse, Aktienkurse und Industriegewinne, Arbeitsmarkt, Preisniveau.
Nr. 4: Der Außenhandel im Jahre 1921.

Finnland

- 1922 Nr. 2: Außenhandelsergebnisse 1921 — Handel mit Rußland — Zollpolitik — Handelsverträge — Valutastand — Einzelheiten des Haushaltsplans für 1922 — Besteuerung.

Frankreich

- 1922 Nr. 3: Der Rückgang in der französischen Bevölkerung — Die Krise in der Schwerindustrie — Herabsetzung der Kohlenpreise und Versuche eines Abbaus der Löhne — Die Lage in der Textil- und Schuhindustrie.

Holland

- 1921 Nr. 52: Die allgemeine Lage — Die Banken — Die Sparkampagne — Die Finanzlage des Reiches — Neue Anleihen — Die „Koninklyke“ und ihre jüngste Expansion — Börse und Börsenverluste — Handelsbewegung.

Niederländisch-Indien

- 1921 Nr. 50: Volkszählung — Budget — Petroleum: Ausfuhrzölle, Regierung und Djambi — Zucker — Kautschuk — Tabak: die Konzentrationsbewegung und die Produktion — Ausfuhr von Java und Madura 1920 und 1921 — Preise der Kolonialprodukte — Banken — Die deutsche Eisenindustrie und Java.

Norwegen

- 1922 Nr. 2: Die wirtschaftliche und industrielle Lage — Die Alkoholfrage und der Außenhandel.

Palästina und Syrien

- 1922 Nr. 1: Die politische und wirtschaftliche Lage Palästinas — Entspannung in Syrien — Das französische Mandat — Syriens Außenhandel.

Rumänien

- 1921 Nr. 48: Das Deutschtum in Rumänien in seiner Bedeutung für den Wiederaufbau des deutschen Welt Handels.

Rußland

- 1921 Nr. 48: Zu den deutsch-russischen Beziehungen — Ein Konflikt zwischen der 3. Internationale und der Sowjetregierung — Die Pläne des Zentralverbandes der russischen Flachsgenossenschaften.

- Nr. 50: Die Spaltung der kommunistischen Partei — Der Kampf der Gemäßigten mit den Radikalen — Die Vereinigten Sowjetstaaten Rußlands.

- 1922 Nr. 1: Der IX. Kongreß der Sowjets — Wiederaufbaupläne — Anerkennung der Staatsschulden durch die Sowjetregierung.

- Nr. 2: Der Außenhandel in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres — Die wirtschaftliche Lage des Wolgagebiets — Die Naturalsteuer.

- Nr. 4: Die außenpolitische Lage der Sowjetrepublik zu Beginn der Wiederaufbauverhandlungen I — Die Orientpolitik der Sowjetregierung und der Gegensatz zu England.

Schweden

- 1921 Nr. 49: Handelsbilanz — Schwierige Lage der Industrie — Diskontermäßigung und Valutastand — Kursbaisse und Aktienmarkt — Verhandlungen mit Rußland.

Sudan s. Ägypten

Syrien s. Palästina

Tunesien

- 1922 Nr. 1: Mißerfolge der französischen Kolonisationspolitik — Staatshaushalt — Außenhandelssteigerung in 1920, stark passive Handelsbilanz — Preissturz der Landesprodukte und Krise in Landwirtschaft und Bergbau.

Vereinigte Staaten

- 1921 Nr. 48: Besserung des Handels mit dem Fernen Osten.
Nr. 49: Der wachsende Anteil am Handel mit den Ländern der Tropen und des Fernen Ostens.
Nr. 50: Die große amerikanische Maisernte und ihre Bedeutung für die Fleischversorgung der Welt.
Nr. 51: Lebenshaltung und wirtschaftliche Tendenzen.
1922 Nr. 1: Die Frage der Schuld der Alliierten bei Amerika.
Nr. 2: Handel und Industrie im Jahre 1921.

Weltwirtschaftliche Übersichten

- Geld und Kapital in jedem Heft.
Schiffahrt und Schiffbau desgl.
Wirtschaftskurven (1921: Nr. 49, 52; 1922: Nr. 3, 4).
Weltmarktpreise (1922: Nr. 2, 3, 4).